

Verfassungs- schutz in Hessen

Bericht 1986

Vorwort

Der zehnte hessische Verfassungsschutzbericht informiert wie die vorangegangenen über die Beobachtungsergebnisse des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes für die Bereiche des politischen Extremismus, der sicherheitsgefährdenden Tätigkeit von Ausländern und der Spionageabwehr. Die Landesregierung erfüllt damit einen Auftrag des Hessischen Landtags vom 7. Juli 1977, der ihr aufgibt, alljährlich einen „Verfassungsschutzbericht Hessen“ vorzulegen.

„Verfassungsschutz“ bedeutet nach Art. 73 Nr. 10 b des Grundgesetzes (GG) „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes“. Hierzu ist jede staatliche Stelle und jeder Bürger aufgerufen, vor allem aber „Zentralstellen“ (Verfassungsschutzbehörden), denen es obliegt, Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, zu sammeln (vgl. Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG). Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder (kurz „Verfassungsschutz“ genannt) werden im Rahmen dieses verfassungsrechtlichen Auftrags tätig. Das Grundgesetz verpflichtet sie ausdrücklich zur Zusammenarbeit.

Dr. h. c. h. ...

...

Der Verfassungsschutz bemüht sich, verfassungsfeindliche Tendenzen und Bestrebungen rechtzeitig zu erkennen und die Regierungen von Bund und Ländern hierüber zu informieren. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind eine Art „Seismograph“. Sie sollen anzeigen, ob unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung Gefahren drohen, die Abwehrmaßnahmen erfordern.

Die kontinuierliche und systematische Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes ermöglicht es auch, der Öffentlichkeit in Form der Jahresberichte aktuelle Lagebilder über die verfassungsfeindlichen Bestrebungen, insbesondere im Land Hessen, vorzulegen. Die Bürger, von deren politischer Entscheidung letztlich der Fortbestand des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats abhängt, sollen sich selbst über die wesentlichen extremen Bestrebungen informieren können. Dies ist nicht nur wichtig, weil extreme Organisationen ihre wirklichen Ziele oft verschleiern, sondern vor allem, weil sie wegen ihrer Erfolglosigkeit bei demokratischen Wahlen versuchen, über Neben- und Tarnorganisationen oder Einflußnahme auf Gruppierungen mit auch für Demokraten vertretbaren Zielen Bündnispartner und Anhänger zu gewinnen.

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht unterstützt deshalb auch die politi-

sche Bildung, schließt Informationslücken und fördert die politische Diskussion. Er macht für den Bereich des Rechtsextremismus deutlich, daß sich 1986 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) nach vielen Jahren des steten Niedergangs in einem leichten Aufwärtstrend bewegte und in sich zerstrittene neonazistische Randgruppen zwar nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden konnten, wohl aber in der Lage waren, durch Agitation das Ansehen unseres Staates im In- und Ausland herabzusetzen. Der Bericht zeigt, daß die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) als stärkste linksextreme Kraft einen kleinen Mitgliederzuwachs erzielte, es ihr jedoch nicht in dem erstrebten Umfang gelang, die politische Isolierung zu durchbrechen. Er läßt erkennen, daß terroristische Aktivitäten und militante Angriffe aus dem linksextremen Spektrum auch künftig die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen werden, hierdurch jedoch die freiheitliche demokratische Grundordnung ebensowenig bedroht ist, wie durch andere linksextreme Bestrebungen. Der Bericht erwähnt, daß im Ausländerbereich Gefahren für die innere Sicherheit insbesondere von palästinensischen, iranischen und türkischen Gruppen ausgehen. Er stellt abschließend für die Spionageabwehr fest, daß insbesondere die hohe Zahl der von DDR-Geheimdiensten erteilten Spionageaufträge auf deren weitere Versuche hindeutet, Erkenntnisse über westliche Spitzentechnologie zu erlangen, um so die eigene Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit zu steigern.

Der Bericht enthält keine erschöpfende Aufzählung der nach dem gesetzlichen Auftrag in Betracht kommenden Bestrebungen und Aktivitäten. Für ergänzende Informationen steht das in meinem Haus eingerichtete Referat für informativen Verfassungsschutz zur Verfügung. Es soll auch die politische Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich unterstützen.

Die jährlichen Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern werden von den jeweiligen Innenministern im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie handeln dabei in Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen, und im Rahmen der daraus fließenden Zuständigkeit für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Gruppen und Aktivitäten. An die in den Berichten enthaltenen Werturteile sind keinerlei rechtliche Auswirkungen geknüpft (so BVerfGE 40, 287).

Die Angehörigen des Verfassungsschutzes benötigen für ihre schwierige Arbeit in erster Linie Vertrauen und Vertraulichkeit, ohne die sie nicht mit Erfolg zum Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und damit für die Sicherheit aller Bürger wirken können. Für die gewissenhafte Erfüllung der gestellten Aufgaben unter strikter Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und unter persönlichen Opfern spreche ich allen Mitarbeitern dieser Behörde Dank und Anerkennung der Landesregierung aus.



Gottfried Milde
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz ..	7
Parlamentarische Kontrolle	7
Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	8
Informativer Verfassungsschutz	9
Rechtsextreme Bestrebungen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)	13
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB)	13
Junge Nationaldemokraten (JN)	14
Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen	14
Deutsche Volksunion (DVU)	14
Wiking-Jugend (WJ)	16
Neonazistische Bestrebungen	17
Verbotene «Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten» (ANS/NA)	17
Verbotene «Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit» (VSBD/PdA)	18
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	19
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	20
Deutsche Aktionspartei/Bewegung der totalen Ordnung (DAP)	21
Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI)	22
Rechtsextremer Terrorismus	22
Neonazistische Ausschreitungen	23
Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	23
Beurteilung	24
Linksextreme Bestrebungen	25
Orthodoxer Kommunismus	25
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	25
Nebenorganisationen der DKP	29
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	29
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	30

Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP)	31
Institut für Marxistische Studien und Forschung e.V. (IMSF)	31
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	32
DKP-beeinflußte Organisationen	32
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	33
Deutsche Friedens-Union (DFU)	33
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	34
Die Friedensliste	34
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	35
Extreme Neue Linke	35
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	35
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	36
Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen	37
Autonome und anarchistische Gruppen	38
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	40
Linksextremer Terrorismus	41
Rote Armee Fraktion (RAF)	41
Revolutionäre Zellen (RZ)	43
Sonstige terroristische Aktionen	43
Beurteilung	43
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern	45
Araber	45
Türken	46
Türkische Kurden	49
Iraner	49
Beurteilung	50
Spionageabwehr	51
Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer	51
Nachrichtendienstliche Stützpunkte	52
Werbung	53
Führungsmethodik	56
Beurteilung	57

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
 - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz
vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962
(GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des *Hessischen Ministers des Innern*. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (061 21) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung Z — Verwaltung
- Abteilung I — Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern
- Abteilung II — Beschaffung
- Abteilung III — Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus
- Abteilung IV — Spionageabwehr
- Abteilung V — Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Gewerkschaften, Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit

Rechtsextreme Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

An der Spitze der 1964 gegründeten *NPD* stand auch 1986 der seit 1971 amtierende Parteivorsitzende Martin Mußgnug. Der Mitgliederstand der Partei lag weiterhin bundesweit bei etwas über 6 000. Die Auflagenhöhe des monatlich erscheinenden Presseorgans *Deutsche Stimme* betrug Anfang des Jahres 148 000 und erhöhte sich zum Jahresende auf 187 000 Exemplare.

Die *NPD* verfolgt Ziele, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind. Das folgt zwar nicht ohne weiteres aus ihrem Programm oder ihrer Satzung, wohl aber aus zahlreichen Verlautbarungen von Funktionären und Mitgliedern der *NPD*, aus Aufsätzen in ihrer offiziellen Parteizeitung *Deutsche Stimme*, aus Programmschriften und Reden. In ihnen kommt eine die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnende und auf ihre Ersetzung durch eine «Nationaldemokratie» gerichtete Zielsetzung zum Ausdruck. Diese «Nationaldemokratie» sieht u. a. die Volksgemeinschaft als Zweck und Grundlage des von ihr erstrebten starken Staates an. Der einzelne wird nicht, wie nach dem als «liberalistisch» abgelehnten Menschenbild des Grundgesetzes, als eigenständiger Wert anerkannt, den um seiner selbst willen zu achten und zu schützen staatliche Aufgabe wäre, er besitzt vielmehr Daseinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft (so *BVerwG*, Urt. v. 20. 5. 1983 in *NJW* 1984, 813).

In dem Berichtszeitraum befand sich die *NPD* nach vielen Jahren des steten Niedergangs der Mitgliederzahlen und

schwerer Wahlniederlagen in einem Aufwärtstrend. Dieser hatte sich bereits bei der Europawahl 1984 angedeutet, als die Partei bei allgemein geringer Wahlbeteiligung 0,8 % der Stimmen erhielt und einen leichten Mitgliederzuwachs verbuchen konnte. Er zeigte sich jetzt deutlicher durch den Stimmenzuwachs bei der ebenfalls unter verhältnismäßig geringer Wahlbeteiligung durchgeführten *Bundestagswahl* am 25. Januar 1987. Die *NPD* trat dabei mit Landeslisten und Direktkandidaten an und bekam bundesweit 227 054 Zweitstimmen (= 0,6 %) gegenüber 91 095 Zweitstimmen (= 0,2 %) im Jahre 1983. In *Hessen*, wo es ihr nur in 16 der 22 Wahlkreise gelang, Direktkandidaten aufzustellen, erhielt sie 27 076 Zweitstimmen (= 0,8 %) gegenüber 9 001 Zweitstimmen (= 0,2 %) 1983. Hier erreichte sie ihr bestes Wahlergebnis im *Wetteraukreis* (Wahlkreis 134) mit 1,7 % der Zweitstimmen (1983 = 0,4 %). Wie bei den Kommunalwahlen 1985 erzielte die *NPD* in *Wölfersheim*, wo sie in der Gemeindevertretung drei Mandate besitzt, 6,9 % der Zweitstimmen (1983 = 2,5 %) und sogar 10,5 % der Erststimmen (1983 = 3 %). Dieser völlig aus dem Rahmen der übrigen Wahlergebnisse fallende hohe Stimmenanteil ist vor allem auf den persönlichen Einsatz des in *Wölfersheim* geborenen und dort wohnhaften Kreisvorsitzenden der Partei zurückzuführen, der im Wahlkreis 134 als Direktkandidat auftrat.

Zur Vorbereitung der *Bundestagswahl 1987* hatte die *NPD* schon recht früh große Anstrengungen unternommen. Sie verabschiedete ihr *Wahlkampfprogramm* bereits am 14./15. Juni in Behringersdorf bei Nürnberg. In geringer Abwandlung des aus früheren Wahlkämpfen bekannten Slogans «Ein Herz für Deutschland» hieß das neue Motto «Dein Herz für Deutschlands Zukunft». Hauptsächliche Themen waren die Ausländer- und Asylpolitik, die Arbeitslosigkeit, die EG-

Agrarpolitik sowie die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Mit gezielter Propaganda sollten bestimmte Gruppen der Bevölkerung wie Landwirte und Arbeitslose, die von anderen Parteien «sträflich» vernachlässigt würden, angesprochen werden. Es hieß im Wahlprogramm u. a.:

- «Weniger Ausländer: mehr Arbeitsplätze!»
- «Asylmißbrauch verhindern!»
- «Bauern retten!»

Am 13. März wurde in München auf Initiative des NPD-Bundesvorstandes ein «Nationaldemokratischer Unternehmerverband-Mittelstandsvereinigung» gegründet, der mittelständisches Engagement bundesweit fördern will. Die «Wende» in Bonn sei für den Mittelstand eine Wende zum Schlechteren geworden, dem der Verband in den kommenden Wahlkämpfen entgegenwirken wolle.

Eine Annäherung der NPD zu der Deutschen Volksunion (DVU) des Münchener Verlegers Dr. Frey ließ ein Interview des NPD-Generalsekretärs Walter Seetzen (Bremen) erkennen, das am 1. August in Dr. Freys Deutscher National-Zeitung (DNZ) erschien. Sie wurde deutlicher, als auch der NPD-Vorsitzende Mußnug der DNZ ein Interview gab. Außerdem nahm der NPD-Generalsekretär am 9. August an der Großveranstaltung der DVU in Passau teil. Schließlich riefen zwei Wochenblätter von Dr. Frey, die Deutsche Wochen-Zeitung und die Deutsche National-Zeitung, in ihren Ausgaben vom 28. November zur Wahl der NPD bei der Bundestagswahl 1987 auf. Dr. Frey begründete dies u. a. wie folgt: «Die NPD ist die einzige rechte Alternative, die am 25. Januar auf dem Wahlzettel steht. Jede Stimme für die NPD ist ein Schuß vor den Bug nationalvergessener Politiker in Bonn.» Das Bemühen um Annäherung stößt innerhalb der NPD auch auf Kritik,

die insbesondere wegen gegensätzlicher Auffassungen in der Verteidigungspolitik laut wird. So lehnt Dr. Frey den von der NPD propagierten nationalen Neutralismus ab. Er befürwortet statt dessen die Zusammenarbeit in der NATO.

Der 20. ordentliche Bundesparteitag der NPD fand am 8. und 9. November in Willingen (Landkreis Waideck-Frankenberg) statt. Neben den 300 Delegierten waren etwa 650 Gäste anwesend. Entgegen dem ursprünglichen Vorhaben befaßten sich die Delegierten nicht mit der Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, das das Düsseldorf-Programm von 1973 ablösen soll und statt des bisherigen Antibolschewismus einen nationalen Neutralismus befürwortet. Statt dessen diskutierten sie die bevorstehende Bundestagswahl.

Der Landesverband Hessen besteht wie im Vorjahr aus 21 Kreisverbänden mit etwa 600 Mitgliedern, von denen jedoch nur die Hälfte der Kreisorganisationen regelmäßige Aktivitäten zeigte.

Am 6. April fand in Gambach der 16. ordentliche Landesparteitag statt, an dem etwa 120 Personen teilnahmen. Der NPD war es nur mit Hilfe eines Verwaltungsgerichtsbeschlusses gelungen, das dortige Bürgerhaus für die Veranstaltung anzumieten. Im Mittelpunkt stand die Wahl der Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl 1987. Ein Mitglied des NPD-Parteipräsidiums erklärte in seiner Rede, ein Hauptpunkt des Wahlkampfes sei neben der Ausländerfrage und der EG-Politik die «gesamtdesutsche Neutralität».

Der Kreisverband Frankfurt am Main mußte im April drei geplante Veranstaltungen absagen, weil vor den Veranstaltungsgebäuden bis zu 100 Personen dagegen protestierten. Im allgemeinen stießen jedoch die öffentlich durchgeführten Wahlversammlungen anderer Kreisver-

bände nur auf geringes Interesse der Bevölkerung.

Ende September fanden mehrere Bürger Wiesbadens in ihren Briefkästen Flugblätter der *NPD* mit der Überschrift «Kriminelle-, Wirtschafts- und Scheinasylanten raus!» Darin forderte die *NPD*:

«Begrenzung des Asylrechts
Wirksame Grenzkontrollen
Sofortige Abschiebung der Scheinasylanten und Kriminellen
Drastische Kostendämpfung der Asylantenkosten
Deutschland den Deutschen, wir wollen Herr im eigenen Haus bleiben.»

Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)

Die 1982 von *NPD*-Mitgliedern gegründete *Hessenliste für Ausländerstopp* hat etwa 80 Mitglieder. Das ursprüngliche Ziel, die Beteiligung an Wahlen, konnte sie jedoch bisher nicht verwirklichen.

In ihrem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt *Die Parole* propagierte die *HLA* ihre Ziele wie «Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer», «Die Flut von Scheinasylanten muß wirksam gestoppt werden», «Keine Integration der Ausländer ins Deutsche Volk». Entgegen dem vor früheren Wahlen gezeigten Verhalten forderte die *HLA* dazu auf, bei der *Bundestagswahl 1987* die *NPD* zu wählen.

Im August tauchten zunächst in größerer Stückzahl im *Chiemgau-Express* (Köln-München-Salzburg), dann auch in anderen Städten, Flugblätter einer *Bürgerinitiative Ausländerstopp Hessen* auf. In den Flugblättern, die in Stuttgart während der Leichtathletik-Europameisterschaften im Neckarstadion verteilt und in Frankfurt am Main in Briefkästen eingeworfen wurden, polemisierten die Verfasser unter

der Überschrift «Sollen wir eine Kolonie fremder Völkerschaften werden?» gegen Ausländer, insbesondere gegen ausländische Flüchtlinge. Sie riefen dazu auf, der *Bürgerinitiative* beizutreten und ihr «durch Spenden für Volksaufklärung» zu helfen. Die im Impressum der Flugblätter aufgeführten Namen, Konten und das Postfach ließen einen Zusammenhang mit der *HLA* erkennen.

Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB)

Die *ANV/VB*, die den zuständigen Stellen erstmals durch die mit persönlichen Anschreiben verschickte Einladung zu einer *Großen zentralen Sonnenwendfeier* am 22. Juni 1985 bekanntgeworden war — als Anschrift des Veranstalters war ein Postfach angegeben, das dem *NPD*-Kreisverband Wiesbaden gehört —, lud auch in diesem Jahr zu einer gleichen Feier am 21. Juni ein. Der Veranstalter unterzeichnete seine Einladungen wie im Vorjahr «Mit volkstreuem Gruß Ingrun Rüdiger».

Wie bereits im vergangenen Jahr wurde der Veranstaltungsort aus «Sicherheitsgründen» zunächst geheimgehalten. Die Eingeladenen fanden sich in der Nähe von Butzbach ein, wo der stellvertretende Vorsitzende des *NPD*-Kreisverbands Wiesbaden zu den etwa 80 Erschienenen sprach. Das weitere Programm war wie im vergangenen Jahr mit Sonnenwendfeier und Liedern durch den den Rechts-extremismus kennzeichnenden völkischen Ahnenkult bestimmt.

Für den 20. Dezember wurde zu einer *Großen zentralen Weihnachts- und Sonnenwendfeier* im Rhein-Main-Gebiet eingeladen. In dem ähnlich wie im Juni abgefaßten und unterzeichneten Einladungsschreiben heißt es u. a.:

«Die geistig-seelische Fremdbesetzung, als Voraussetzung zur Niederhaltung unseres Volkes in einem Zustand der politischen Ohnmacht, wird von der volkstreuen Jugend nicht länger tatenlos hingenommen. Die kulturelle Selbstbesinnung des deutschen Volkes ist der Anfang seiner nationalen Befreiung.»

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die Jugendorganisation der *NPD Junge Nationaldemokraten* hat bundesweit etwa 650 Mitglieder. Die Mitgliederzahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um etwa 100 erhöht. Auch der *hessische Landesverband* verzeichnete einen Mitgliederzuwachs. Ihm gehörten Ende des Jahres etwa 85 Personen an (1985: 70). Die *JN*-Publikation *Junge Stimme* mit einer Auflagenhöhe von 1 000 Exemplaren erscheint weiterhin in unregelmäßigen Abständen.

Der 15. ordentliche *Bundeskongreß* der *JN* fand am 6. und 7. September mit etwa 100 Delegierten und etwa 40 Gästen in Harsefeld (Kreis Stade) statt. Darunter befanden sich auch Vertreter der belgischen rechtsextremen Organisation *Voorpost*. Vor der Veranstaltung zogen etwa 70 *JN*-Angehörige in einem Demonstrationzug durch Stade, den sie mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz beendeten.

An dem *Landeskongreß* der *JN* am 20. September in *Wächtersbach* beteiligten sich etwa 20 Personen. Während der Veranstaltung wurden Aufkleber mit dem Text:

«Erbarmen
1.12.1986
die Türken kommen»

zum Verkauf angeboten.

Sonstige traditionelle Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Die seit 1971 bestehende *DVU*, deren Gründer, Vorsitzender und bestimmende Person weiterhin der Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey ist, stellt sich als Kernorganisation der *National-freiheitlichen Rechten* dar.

Der *DVU* angeschlossen sind folgende Aktionsgemeinschaften:

Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)

Initiative für Ausländerbegrenzung (IfA)

Aktion Deutsche Einheit (AKON)

Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

Ehrenbund Rudel (ER)

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK), der an die Stelle des *Schutzbundes für Leben und Umwelt* getreten ist.

Da nach der Satzung die Mitglieder dieser Aktionsgemeinschaften auch Mitglieder der *DVU* werden, was nicht allen Beitretenden bewußt sein dürfte, ist die *DVU* mit bundesweit mehr als 12 000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste rechtsextreme Organisation. Die Mitgliederzahlen für *Hessen* entsprechen dem Anteil des Landes an der Bundesbevölkerung.

Nachdem Dr. Frey im Januar die *Deutsche Verlagsgesellschaft mbH* mit Sitz in Rosenheim erwarb, in dem die rechtsextreme *Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)* herausgegeben wurde, besitzt er faktisch ein Monopol für die gesamte rechtsextreme Presse in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Wochenblätter *Deutsche National-Zeitung (DNZ)*, *Deutscher Anzeiger (DA)* und *Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)* haben eine geschätzte

Auflagenhöhe von 120 000 bis 130 000 Exemplaren. Offizielles Organ der DVU ist der *Deutsche Anzeiger*.

In den genannten Wochenblättern enthaltene Beiträge wenden sich oft in verletzendender Form gegen Repräsentanten unseres Staates und sind nicht selten geeignet, die Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Besondere Zielscheibe der Angriffe ist der derzeitige Bundespräsident, dem u. a. «exzessive Schuld- und Sühnetiraden» (DNZ v. 3. 1. 1986) vorgeworfen werden. An anderer Stelle heißt es: «Mit treffenden Worten geißelte der DVU-Vorsitzende und Verleger der drei nationalen Wochenzeitungen die Nationalvergessenheit des Kanzlers und des Bundespräsidenten. Von Weizsäcker möge endlich aufhören, mit dem moralischen Zeigefinger auf das deutsche Volk zu weisen, nur weil er offenbar innerfamiliäre Bewältigungsprobleme habe» (DNZ v. 24. 1. 1986). Die Ausländerfeindlichkeit wird z. B. aus folgenden Überschriften erkennbar: «Wird Deutschland türkisch?» (DNZ v. 17. 1. 1986), «Deutschland — Asylanten-Paradies der ganzen Welt» (DNZ v. 14. 2. 1986), «Ausländer-Gefahr für Deutschland? Die Folgen der Überfremdung» (DA lt. DNZ v. 9. 2. 1986), «Asylanten — die große Gefahr für Deutschland» (DNZ v. 25. 7. 1986).

Im Rahmen einer DVU-«Reichsgründungskundgebung» am 19. Januar in München erhielt der frühere Verleger der von Dr. Frey übernommenen *Deutschen Wochen-Zeitung*, der Publizist Waldemar Schütz, den mit 20 000 DM dotierten *Europäischen Freiheitspreis*. Zu dieser Veranstaltung waren etwa 1 400 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und Österreich erschienen.

Am 9. August veranstaltete die DVU in Passau ihre jährliche Großkundgebung, zu der sie u. a. in ganzseitigen Aufrufen in *Deutschen Anzeiger* eingeladen hatte.

Die Veranstaltung wurde von etwa 2 500 Personen besucht. Darunter befanden sich Abordnungen aus Südtirol, Kärnten und dem Elsaß. Erstmals seit Jahren nahm mit dem Generalsekretär Walter Seetzen auch ein Präsidiumsmitglied der NPD daran teil. Neben Dr. Frey, der über «Zukunft und Chancen der deutschen Nation» sprach und die Mitgliederstärke der DVU einschließlich ihrer Aktionsgemeinschaften mit 16 000 angab, sprach auch der britische Schriftsteller David Irving über die «Entrechtung des deutschen Volkes». Im Rahmen der Veranstaltung verlieh Dr. Frey der Österreicherin Maria von Sölder den ebenfalls mit 20 000 DM dotierten *Andreas-Hofer-Preis 1986* des *Deutschen Anzeigers*. Sie habe sich im Kampf der Südtiroler gegen die «italienischen Imperialisten» in vorbildlicher Nächstenliebe um die politischen Häftlinge gekümmert.

Neben den erwähnten Großkundgebungen organisierte die DVU eine Vortragsreihe mit David Irving in mehreren Städten, u. a. auch in *Hessen*. Irving beschäftigte sich dabei vorwiegend mit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Rückgabe der deutschen Ostgebiete. Während er am 29. August in Kassel vor etwa 100 Zuhörern sprach, waren am 15. September in Rudesheim nur etwa 25 Personen anwesend.

Im November wurde auf Initiative Dr. Freys die *Deutsche Liste* gegründet, die bereits im Dezember die Bezeichnung *Deutsche Volksliste* bekam. Sie soll «keine Partei im herkömmlichen Sinne» sein, sondern eine «Sammlung aller nationalbewußten Deutschen». Die *Deutsche Volksliste* beteiligte sich nicht an der *Bundestagswahl 1987*, will aber bei Landtagswahlen des Jahres 1987 kandidieren.

Die seit Mitte des Jahres mit Interviews maßgeblicher NPD-Funktionäre in der *Deutschen National-Zeitung* eingeleitete

Annäherung zwischen dieser Partei und der DVU stößt auf nicht geringe Schwierigkeiten, da Dr. Frey den von der NPD befürworteten *nationalen Neutralismus* ablehnt und statt dessen die Zusammenarbeit in der NATO bejaht. Ungeachtet dessen leistete Dr. Frey erstmals Wahlkampfhilfe für die NPD, indem er die Leser seiner Wochenblätter wiederholt aufforderte, bei der *Bundestagswahl 1987* die NPD als Partei des «deutschbewußten Lagers» zu wählen.

Wiking-Jugend (WJ)

Die im Jahre 1952 gegründete *Wiking-Jugend* zählt zu den ältesten rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Mit wie im Vorjahr bundesweit etwa 500 Mitgliedern ist sie die größte, nicht an eine Partei gebundene rechtsextreme Jugendorganisation. In Hessen hat sie etwa 50 Mitglieder.

Die WJ versteht sich als *nationalbündische Gruppe* in der Tradition der *Hitler-Jugend*. Ihre Aktivitäten sind seit dem Ende der siebziger Jahre erkennbar militanter geworden, die neonazistischen Einflüsse haben sich verstärkt. So beteiligten sich maßgebliche Angehörige der WJ am *Bundesparteitag* der neonazistischen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)* am 8. Juni in Stuttgart.

Vom 27. bis 31. März führte die WJ in Altfeld bei Kassel ihr *Osterlager* durch, an dem sich etwa 40 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten. Das *Pfingstlager* fand vom 16. bis 19. Mai bei Celle statt. Von den etwa 150 Teilnehmern bezeichnete sich eine größere Zahl Jugendlicher als Angehörige der FAP. Einige Personen, die in *SS-ähnlicher Uniform* auftraten, wies die Lagerleitung aus dem Lager. Am *Sommerlager* vom 24. Juli bis 13. August in der Nähe von Celle beteiligten sich etwa 40 WJ-Angehörige, bei de-

nen es sich meist um Jugendliche im Alter von etwa 14 Jahren handelte. Sie kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Das für dieses *Sommerlager* vorgesehene *Bundesthing* wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Das von der WJ für den 31. Dezember in der Nähe von Hilders/Rhön geplante *Winterlager* mit Demonstration und einem Mahnfeuer fand nicht statt. Der Landrat des Landkreises Fulda hatte die Veranstaltung, soweit sie unter das Versammlungsgesetz fiel, bereits mit Verfügung vom 14. April verboten. Er begründete dies mit einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch den von der WJ angemeldeten Demonstrationsmarsch mit anschließender Kundgebung in Hilders am 31. Dezember 1986 und die vorgesehenen Mahnfeuer an der innerdeutschen Grenze. Dabei wies der Landrat auf das Störerverhalten von Angehörigen der WJ zum Jahreswechsel 1985/1986 in Fulda und auf deren enge Verflechtungen mit anderen rechtsextremen Gruppierungen, z. B. der verbotenen ANS/NA und der FAP hin.

Trotz der bestandskräftigen Verbotsvorgang vom 14. April für Hilders versuchten am Silvestertag etwa 50 Mitglieder der WJ, ehemalige Angehörige der verbotenen ANS/NA und Anhänger der *Volks-treuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO)* sich in Fulda zu einem nicht angemeldeten Demonstrationzug zu formieren, Transparente zu zeigen und Flugblätter zu verteilen. Die Polizei verhinderte dies. In der Nacht zuvor hatten unbekannte Täter im Innenstadtbereich von Fulda Parolen wie «Deutschland den Deutschen», «Wiking-Jugend» und «FAP — Rotfront verrecke» geschmiert.

Angesichts des für den Raum Hilders verfügbaren Versammlungsverbots mieteten Angehörige der WJ in Schlüchtern einen Raum für eine «private Geburtstagsfeier».

Dort trafen sich am 31. Dezember etwa 150 Personen, die in den späten Abendstunden auf einem Feld bei Schlüchtern ein Lagerfeuer entzündeten.

Neonazistische Bestrebungen

Als *neonazistisch* werden in der Tradition des *Nationalsozialismus* stehende rechts-extreme Bestrebungen bezeichnet, deren Träger sich als revolutionäre Kampfgemeinschaft verstehen. Sie wollen die parlamentarische Demokratie beseitigen und stattdessen einen Führerstaat auf rassistischer Grundlage nach dem Vorbild *Adolf Hitlers* errichten.

Verbotene Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Das Bundesverwaltungsgericht hat durch Urteil vom 13. Mai das vom Bundesminister des Innern am 24. November 1983 verfügte vereinsrechtliche Verbot der ANS/NA — Untergliederung *Aktion Ausländerrückführung — Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR)* bestätigt. Da zuvor bereits die ANS/NA und ihre weitere Untergliederung *Freundeskreis deutsche Politik (FK)* ihre Klagen gegen das Verbot zurückgenommen hatten, ist nunmehr unanfechtbar festgestellt, daß sich die Ziele der ANS/NA einschließlich AAR und FK gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten. Ein Antrag der AAR beim Bundesverfassungsgericht auf Feststellung, die Verbotsverfügung vom 24. November habe gegen das Grundgesetz verstoßen, weil die AAR eine politische Partei und nicht ein Verein gewesen sei, wurde verworfen. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte mit Beschluß vom 25. November die Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts, daß es sich bei der AAR nicht um eine politische Partei im Sinne

des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes gehandelt habe. Sie sei lediglich der verlängerte Arm der ANS/NA und damit deren Teilorganisation gewesen. Der ANS/NA gehörten zum Zeitpunkt ihres Verbots etwa 270 Personen an.

Ungeachtet des unanfechtbaren vereinsrechtlichen Verbots fanden sich ehemalige Angehörige der ANS/NA zu einer *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* zusammen. Sie versteht sich als *Kaderbewegung* von «politischen Soldaten in der Tradition der SA». Die Broschüre *Die Neue Front*, die dem Zusammenhalt der ehemaligen ANS/NA-Anhängerschaft dienen will, wird im Ausland hergestellt.

Ein wesentlicher Teil der nach außen gerichteten Aktivitäten von Anhängern der ehemaligen ANS/NA bestand weiterhin in der Forderung nach Freilassung ihres am 25. Januar 1983 wegen des Verbreitens von NS-Propagandamitteln zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilten ehemaligen Organisationsleiters Michael Kühnen. Neben der Verbreitung von ausländerfeindlichen Parolen war diese Forderung Hauptthema bei fast allen Flugblatt- und Schmieraktionen. Damit ließ sich jedoch die erhoffte Mobilisierung von Sympathisanten nicht erreichen.

Kühnen versuchte weiterhin mit in der Haft verfaßten und in der Broschüre *Die Neue Front* abgedruckten Beiträgen die Verbindung zu seinen Anhängern aufrechtzuerhalten und ihre Aktivitäten zu beeinflussen. Diese Beiträge konnten jedoch nicht verhindern, daß es im Sommer zu Führungsstreitigkeiten kam, in deren Verlauf eine Säuberung der *Bewegung* von Homosexuellen gefordert wurde. Hatte bereits im Januar der Leiter des *Frankfurter Freundeskreises Germania* aus anderen Gründen seinen Rücktritt erklärt, so wurde nach der sich bundesweit ausdehnenden Diskussion der französische

Leiter der *Auslands-ANS* wegen Homosexualität aus der *Bewegung* ausgeschlossen.

Ihren Höhepunkt fand diese «Säuberungskampagne» auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen *FAP* am 19. Juli in Grevenbroich. Dort wurde ein Flugblatt «Schwule? — Nein Danke!» verteilt. Die Homosexualität sei geeignet, «gesunde Völker auszurotten». «Schwule» seien deshalb «Verräter am Volk». Vor diesem Hintergrund kamen Kühnen und sein Vertreter Brehl dem Ausschluß aus der *Bewegung* zuvor, indem sie ihren Austritt erklärten. In der veröffentlichten *Austrittserklärung* vom 1. September teilte Kühnen mit, daß er sich am 4. August von der von ihm gegründeten *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* getrennt habe. Er forderte seine Anhänger auf, in der *Bewegung* zu bleiben und «lokal, regional und schließlich in der nationalen Führung . . . zum Geist der *SA* zurückzufinden». Seine «politische Zukunft» machte er «von der Rücknahme der am 19. Juli getroffenen Entscheidung» abhängig.

Die durch die «Anti-Homo-Kampagne» ausgelöste Lähmung der Kühnen treu gebliebenen Aktivisten begann sich ab Oktober mit der Verbreitung einer *Sonderausgabe* der *Neuen Front* zu lösen. Kühnen selbst versuchte, mit der von dem französischen Rechtsextremisten Michel Caignet herausgegebenen «Grundsatz-Arbeit» über *Nationalsozialismus und Homosexualität* Sachlichkeit in den Streit zu bringen. In der umfangreichen Darstellung wies er darauf hin, daß der *Nationalsozialismus* eine *Weltanschauung des biologischen Denkens* sei. Er forderte darüber hinaus in der *Neuen Front* Nr. 36 seine Aktivisten auf, «zur alten politischen Konzeption» zurückzukehren. Fragen privater Moral und des Privatlebens von Kameraden gingen die *Bewegung* nichts an; diese sei keine «Lebensreform-

rische Sekte», sondern eine «revolutionäre Kampfgemeinschaft».

Die dauernden Hinweise auf die von Kühnen geleistete Aufbauarbeit einerseits und die Führungsschwäche seiner Konkurrenten bewirkten zu seinen Gunsten einen Umdenkprozeß. In der Ausgabe der *Neuen Front* vom Januar 1987 veröffentlichte Kühnen den Widerruf seines Austrittes aus der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*.

Am 13. September schloß sich die *Deutsche Frauenfront* mit dem *Deutschen Mäddebund* (ehemalige *ANS/NA-Frauen*gruppe aus Bayern) zusammen. Die neue Verbindung nennt sich *Deutsche Frauenfront — Deutscher Mäddebund (DFF/MB)*; sie hat etwa zehn Mitglieder. Das monatlich erscheinende Organ *Die Kampffährtin* (früher: *Deutsche Frauenfront informiert*) blieb in Aufmachung und Inhalt gleich. Es wurden hauptsächlich ausländerefeindliche und diskriminierende Artikel abgedruckt. Sonstige Aktivitäten zeigte die *DFF/MB* nur durch Teilnahme an Aktionen und Treffen ehemaliger *ANS/NA-Anhänger*.

Verbotene Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA)

Durch Urteil vom 13. Mai hat das Bundesverwaltungsgericht die Klage der *VSBd/PdA* gegen die vereinsrechtliche Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 14. Januar 1982 abgewiesen. In der Urteilsbegründung verneinte das Bundesverwaltungsgericht den von den Klägern behaupteten Parteienstatus. Die *VSBd/PdA* sei zum Zeitpunkt des Verbots keine politische Partei gewesen, weil sie nicht mit eigenen Wahlvorschlägen an Bundestags- und Landtagswahlen teilgenommen habe. In ihrer politischen Arbeit habe die *VSBd/PdA* sich zum *Nationalso-*

zialismus bekannt, die demokratische Staatsform verächtlich gemacht, eine mit dem Diskriminierungsverbot unvereinbare Rassenlehre propagiert und damit gegen elementare Verfassungsgrundsätze verstoßen.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die 1979 von dem Kaufmann Martin Pape gegründete und zunächst völlig unbekannt gebliebene, nicht eindeutig rechts-extreme Gruppierung entwickelte sich durch den zunehmenden Eintritt ehemaliger Anhänger der verbotenen ANS/NA zur inzwischen mitgliederstärksten neonazistischen Organisation.

Die FAP hat derzeit bundesweit mehr als 400 Mitglieder, die in sechs Landesverbänden (Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) sowie in mehreren Kreisverbänden in Bayern und Schleswig-Holstein zusammengefaßt sind. Dieser Eindruck einer organisatorischen Geschlossenheit entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Er macht auch nicht deutlich, daß die meisten Landesverbände nur aus 30 bis 45 Mitgliedern bestehen.

Der erste FAP-Bundesparteitag fand am 7. Juni in Stuttgart statt. An ihm nahmen etwa 120 Personen teil. Sie bestätigten mit großer Mehrheit Martin Pape als Bundesvorsitzenden. Diese Abstimmung täuscht eine Geschlossenheit der Gruppierung und eine Anerkennung des Vorsitzenden vor, die tatsächlich nicht gegeben sind. So hatte Pape den Parteitag über mehrere Monate hinausgezögert, weil er zu Recht befürchtete, daß die in die FAP hineingekommenen Anhänger der verbotenen ANS/NA seine Abwahl beabsichtigten. Es ist anzunehmen, daß er die Stimmen der ANS/NA-Anhänger

nur aus taktischen Gründen bekam, weil diese glaubten, mit Pape an der Spitze werde es den zuständigen Behörden schwerer fallen, die für ein Verbot der FAP erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Für diese rein taktischen Gründe spricht u. a. die Zusammensetzung des übrigen Führungskreises. So waren fünf von sechs Personen Aktivisten der verbotenen ANS/NA. Die Position des Bundesvorsitzenden innerhalb der Gruppe ist daher äußerst schwach. Dem entspricht sein bisheriges Verhalten; er bemühte sich fast ausschließlich mit verbalen Rügen («NS-Kasperelen») und wenig konsequent, den erheblichen Einfluß von Anhängern der ehemaligen ANS/NA einzudämmen. Die einzelnen Untergliederungen nehmen die repräsentative Funktion Papes hin, agieren weitgehend selbständig und fühlen sich an dessen Weisungen nicht gebunden.

Der Bundesparteitag am 7. Juni, bei dem ein Parteiprogramm beschlossen wurde, das keine deutliche NS-Zielsetzung erkennen läßt und sich im wesentlichen mit dem FAP-Aktionsprogramm von 1979 deckt, fand unter teilweise chaotischen Umständen statt. Die Polizei mußte das Tagungsort gegen etwa 500 Demonstranten, darunter etwa 200 militante Störer, sichern. Bei Kontrollen stellte sie sowohl bei FAP-Anhängern als auch bei Demonstranten Waffen und gefährliche Gegenstände sicher. 43 Personen, davon neun Neonazis, wurden vorübergehend festgenommen.

Die FAP scheiterte mit ihrem Vorhaben, sich in fünf Bundesländern mit Landeslisten an der Bundestagswahl 1987 zu beteiligen. Da sie die hierfür erforderlichen Unterstützungsunterschriften nicht erbringen konnte, war eine Kandidatur nur im Bundesland Bremen und in den Wahlkreisen Stuttgart I und Uelzen möglich. Auch dem in Hessen allein aktiven FAP-Kreisverband Frankfurt am Main gelang

es nicht, die erforderlichen Unterschriften beizubringen. Die *FAP* in Bremen erhielt 405 Zweitstimmen sowie in den Wahlkreisen Stuttgart I 164 und Uelzen 185 Erststimmen. Vor dem sich abzeichnenden Mißerfolg schrieb der Bundesvorsitzende Pape in der von ihm im Selbstverlag herausgegebenen Monatszeitung *Deutscher Standpunkt*, daß «die Kraftprobe zwischen den verschiedenen Rechtsparteien nicht bei der *Bundestagswahl* im Januar 1987, sondern in den nachfolgenden Landtagswahlen und wohl entscheidend bei der *Europawahl 89*» kommen werde.

Zwar gelang es der *FAP* in den letzten beiden Jahren, ihre Organisation in einigen Bundesländern auszubauen und die Mitgliederzahlen zu erhöhen. In *Hessen* nahmen jedoch seit 1984 die *FAP*-Anhänger von etwa 55 auf 30 Personen ab. Sie veranstalteten interne Zusammenkünfte und versuchten mit Schmiere-reien, Flugblättern und Aufklebern mit ausländerfeindlichem Inhalt die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Am 10. Mai trafen sich etwa 20 Personen unter dem Motto «Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen» zum ersten «Gautreffen» des hessischen *FAP*-Landesverbandes in Bad Nauheim, wo dieser einen von der Öffentlichkeit nur wenig beachteten Informationsstand betrieb. Einige Teilnehmer des Treffens fuhren zur Justizvollzugsanstalt in Butzbach und forderten in Sprechchören die Freilassung des dort inhaftierten Michael Kühnen.

Für den 7. Juni, an dem auch der *Hessentag* in Herborn stattfand, hatte ein damals in Dillenburg wohnhafter ehemaliger *ANS/NA*-Anhänger und *FAP*-Aktivist mit Drohbriefen an die Stadt Dillenburg die Vermietung der dortigen Stadthalle für einen angeblichen Bundesparteitag der *FAP* erreichen wollen. In einem weiteren Schreiben drohte er, daß für rund 2 000

Ausländer in Herborn die Zeiten der Ruhe und des Friedens bald vorbei seien. Herborn werde ab Juni die erste Stadt sein, wo dem «Viel-Nationen-Spuk» ein Ende bereitet werde. Der 7. Juni werde «ein Fanal für die Befreiung des Deutschen Reiches und die Wiedererweckung des germanischen Bluts» sein. Entgegen dieser Ankündigung kam es während des *Hessentages* in Herborn zu keinerlei Aktionen durch *FAP*-Anhänger. Der Verfasser der Schreiben wurde wegen versuchter Nötigung zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Am 10. November stellten sich in Langen sechs Anhänger der *FAP* gegenüber der ehemaligen Synagoge auf, als das *Antifaschistische Aktionsbündnis Langen* anläßlich des Jahrestages der «Reichskristallnacht» einen Schweigemarsch durchführte. Einige von ihnen erhoben die Hand zum «Hitler-Gruß» und stimmten das Lied «Einst kommt der Tag der Rache» an. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Stadtgebiet Langen wurden im Dezember wiederholt umfangreiche *FAP*-Plakatierungen mit ausländerfeindlichem Inhalt festgestellt. Bei Durchsuchungen in diesem Zusammenhang stellte die Polizei in zwei Wohnungen in Langen und Neu Isenburg entsprechendes Propagandamaterial sicher.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die *HNG* ist nach wie vor eine der größten neonazistischen Organisationen und steht weiterhin unter der Leitung von Christa Goerth. Als eine Art *Sammelverband*, der Angehörigen anderer Organisationen zusätzlich offensteht, konnte sie ihren Mitgliederbestand von etwa 200 Personen sowie weiteren 100 Sympathisanten/Unterstützern halten. Bei diesem Personenkreis handelt es sich meist um

FAP-Angehörige und/oder Anhänger der verbotenen ANS/NA, die weitgehend auch die Richtung innerhalb der HNG bestimmen. Die monatlich erscheinenden *Nachrichten der HNG* berichteten in Artikeln und Leserbriefen über die Haftsituationen von HNG-Mitgliedern und Entscheidungen von Gerichten oder anderen Justizbehörden gegenüber Rechtsextremisten. Nach der in der Dezemberausgabe veröffentlichten Gefangenenliste unterstützte die HNG laufend etwa 25 im In- und Ausland inhaftierte «nationale politische Gefangene», darunter Rechtsterroristen und militante Neonazis.

Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem die mit Flugblättern und Aufklebern vorgebrachten Forderungen der HNG fast ausschließlich der «Freiheit für Michael Kühnen» galten, gab es im Berichtszeitraum auch Aufkleber mit der Aufschrift «Freiheit für alle verfolgten Nationalisten». Hierdurch sollte der von Mitgliedern erhobene Vorwurf entkräftet werden, daß die Arbeit der HNG hauptsächlich Michael Kühnen gilt. Die Vorsitzende bemühte sich auch, nach außen hin die HNG gegenüber der FAP abzugrenzen, um so mögliche Verbotsmaßnahmen besser abwenden zu können.

Die HNG führte ihre zwei größten Veranstaltungen wiederum in Hessen durch. An der Jahreshauptversammlung am 12. April in Schwarzenborn/Knüll nahmen etwa 50 Personen teil. Die Veranstaltung war ursprünglich in Fritzlar vorgesehen, wurde jedoch wegen einer dagegen in Wabern von der DKP und antifaschistischen Gruppen angemeldeten Demonstration nach Schwarzenborn verlegt. Nach Abschluß der Protestkundgebung in Wabern überfielen drei HNG-Mitglieder vier Demonstranten, die sich mit einem PKW auf der Heimfahrt befanden. Die Täter drängten mit ihrem Geländewagen das andere Fahrzeug von der Straße ab, bedrohten die Demonstranten mit einer

Pistole und zerstachen die Reifen des Autos. Die Überfallenen konnten flüchten und die Polizei verständigen. Diese stellte bei den HNG-Angehörigen u. a. eine Gaspistole und rechtsextremes Schriftgut sicher. Die zweite Veranstaltung fand am 22. November in Bad Nauheim statt. An ihr beteiligten sich etwa 65 Personen. Die Veranstaltung verlief ohne Störungen, da der genaue Tagungsort bis zuletzt geheimgehalten worden war.

Deutsche Aktionspartei/Bewegung der totalen Ordnung (DAP)

Die DAP wurde am 30. Januar in Rüsselsheim gegründet. Bei den Gründungsmitgliedern handelt es sich meist um ehemalige Anhänger der verbotenen ANS/NA, die sich in den Jahren 1984 und 1985 zur *Nationalen Volksfront (NVF)* zusammengefunden hatten.

Das Parteiprogramm der DAP, veröffentlicht als *Kampfprogramm* in der von ihr erstmals im August herausgegebenen Schrift *Das Banner*, enthält 17 Forderungen, darunter:

«Wiederherstellung des deutschen Reiches,
die Rückgabe der ehemaligen deutschen Schutzgebiete in Afrika,
den Aufbau eines aus Freiwilligen bestehenden paramilitärischen Staatsschutzkorps,
die Einführung der Todesstrafe,
die Einführung von Sonderhaftanstalten und Arbeitslagern,
die totale politische Entmachtung von Gewerkschaften und Kirchen.»

In der *Augustausgabe* fand sich auch eine Erklärung, daß die DAP neben dem hessischen Landesverband «auf längere Zeit keine weiteren Landesverbände aufstellen» werde, weil die derzeitige Aufbauphase es nicht zulasse. Entgegen ihrer

ursprünglichen Absicht, sich an Wahlen zu beteiligen, zeigte die *DAP* bisher weder dahingehende noch sonstige bemerkenswerte Aktivitäten. Sie hat derzeit nur etwa acht bis zehn Mitglieder.

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Unter der Leitung ihrer derzeitigen Vorsitzenden Gertraud Roeder, der Ehefrau des inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden Manfred Roeder, fanden weiterhin auf dem *Reichshof* in Schwarzenborn/Knüll sporadische *Freundstreffen der DBI* statt. Frau Roeder bemühte sich, politische Aspekte aus diesen Treffen herauszuhalten, um mögliche Vollzugserleichterungen für ihren 1982 wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilten Ehemann nicht zu gefährden.

Die von Manfred Roeder, der nach wie vor die *DBI* bestimmende Person, in der Haft verfaßten Schriften wie der *Deutsche Jahrbücher* und die monatlichen *Briefe der Deutschen Bürgerinitiative e. V. — weltweit* — wurden weiterhin von Gertraud Roeder vertrieben.

Im *September-Brief* äußerte sich Manfred Roeder zur Asylpolitik und führte u. a. aus: «der Volkszorn ist entbrannt, nicht nur über den Massenansturm zwielichtiger Fremder, sondern vor allem wegen der Haltung unserer Politiker». Das Volk wolle «diese Perversion des Rechts» nicht länger hinnehmen. «Asylrecht und Asylverfahren müssen restlos abgeschafft werden.» Er forderte seine Anhänger auf, Verbindung zu «Bürgerinitiativen gegen Asylanten» aufzunehmen und den von ihm in dieser Angelegenheit verfaßten «Offenen Brief an den Deutschen Bundestag» an Abgeordnete, sonstige Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu versenden.

Der *Oktober-Brief* nahm das Thema «Asylpolitik» nochmals auf. Manfred Roeder griff dabei u. a. scharf die *GRÜNEN* an. Sie «wollen uns mit noch mehr Asylschwindlern beglücken, um damit den Untergang unseres Volkes zu besiegeln». Außerdem wies Roeder auf die finanziell schwierige Lage der *DBI* hin. Seine Frau habe geschrieben, «die *DBI* ist pleite, weil der *Freundeskreis* anscheinend zum großen Teil aus Angsthasen besteht». «Wir brauchen jede gelegentliche Mark, jeden Schilling, Dollar, Rand, Gulden. Damit kann man zwar noch nicht den Untergang abwenden, aber erst mal das Porto bezahlen.»

Rechtsextremer Terrorismus

In diesem Bereich sind im Berichtszeitraum keine einschlägigen Straftaten bekannt geworden.

Das Landgericht Nürnberg verurteilte am 30. Juni nach fast zweijähriger Verhandlung den ehemaligen Leiter der im Januar 1980 vom Bundesminister des Innern verbotenen neonazistischen *Wehrsportgruppe Hoffmann*, Karl-Heinz Hoffmann, zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren und sechs Monaten. Die Verurteilung erfolgte wegen gefährlicher Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung in mehreren Fällen sowie Geldfälschung, Stravereitelung und Vergehen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz. Von der Anklage der Beteiligung an dem am 19. Dezember 1980 in Erlangen begangenen Doppelmord an einem jüdischen Verleger und dessen Lebensgefährtin wurde Hoffmann freigesprochen. Das Gericht wies darauf hin, daß zwar viele Umstände für Hoffmanns Beteiligung sprächen, letzte Zweifel jedoch nicht auszuräumen seien. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der mutmaßliche Terrorist Odfried Hepp, der im Februar 1985 in Frankreich festge-

nommen und dort wegen des Besitzes gefälschter Pässe zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, ist am 29. Januar 1987 in die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert worden. Hepp war 1980/81 Mitglied der von Karl-Heinz Hoffmann geführten *Wehrsportgruppe — Libanon* und wurde in Beirut militärisch ausgebildet. Er steht im Verdacht, 1982 mit dem durch Selbsttötung umgekommenen Walther Kexel eine terroristische neonazistische Gruppe aufgebaut zu haben, die drei Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten in Frankfurt am Main und fünf Banküberfälle verübte. Bei den Anschlägen wurden zwei US-Soldaten schwer verletzt (vgl. *Verfassungsschutz in Hessen — Bericht 1984*, Seite 18).

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation verringerte sich mit 130 Stör- und Schmieraktionen sowie antisemitischen und neonazistischen Drohungen gegenüber dem Vorjahr (199) und lag auch unter der Vergleichszahl von 1984 (166). Die Aktionen richteten sich vorwiegend gegen Ausländer, jüdische Mitbürger, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Presseorgane und Wirtschaftsunternehmen. Regionale Schwerpunkte bildeten Frankfurt am Main und Umgebung (58), Wiesbaden (19) und Kassel (13). Es wurden u. a. folgende Parolen geschmiert: «Freiheit für Michael Kühnen», «Ausländer raus», «Türken verreckt», «Freiheit für Hess, erwache Deutschland».

In der Nacht zum 5. Januar verunstalteten unbekannte Täter in Kronberg/Taunus acht Gebäude, darunter öffentliche Einrichtungen, durch Aufschriften wie: «Judenvergasung? Alles Lüge!», «Juda verrecke».

Auf einer Gedenkstätte für die Opfer des NS-Regimes in Hadamar wurden in der

Nacht zum 16. Februar zwei große Grabsteine sowie 30 kleinere Grabplatten umgeworfen. Ein anonymes Anrufer teilte die Beschädigungen der Polizei mit. Er schloß mit den Worten: «Wir fordern die Freiheit von Michael Kühnen und Rudolf Hess. Weitere Anschläge werden folgen. Heil Hitler.»

Am 30. Mai erhielt ein Wiesbadener Hotel einen Anruf mit folgender Drohung: «Habt Ihr Asylanten im Haus, diese Bootspeople, wir sind eine organisierte Truppe, wir sprengen Euren Laden in die Luft.»

Unbekannte Täter sprühten vermutlich in der Nacht zum 13. September im Bereich des Offenbacher Fußballstadions Bieberer Berg Hakenkreuze, SS-Runen, «Judensterne» und folgende Parolen: «Weg mit dem Asylantendreck», «Ausländer raus aus Deutschland, wir sind wieder da».

In der Nacht zum 30. Oktober wurden in Aisfeld Aufkleber angebracht, die u. a. forderten: «Freiheit für Rudolf Hess», «Deutschland den Deutschen», «Türken raus».

Am 31. Dezember schlugen unbekannte Täter mehrere Fenster des Verwaltungsgebäudes der Stadt Maintal ein und warfen in das Innere Brandsätze. Die Außenwände des Gebäudes wurden mit Hakenkreuzen beschmiert.

Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

Das Landgericht Frankfurt am Main verhandelte vom 20. April bis 12. Mai gegen elf Neonazis. Ihnen wurden u. a. Klebeaktionen, Schmierereien und das Verteilen von Flugblättern mit NS-Inhalt vorgeworfen. Ein 24jähriger erhielt wegen Volksverhetzung und Verbreitung von NS-Emblemen eine Freiheitsstrafe von sie-

ben Monaten, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Gegen einen 18jährigen sprach das Gericht eine Verwarnung und die Auflage von 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit aus. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Sieben Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen. Das Verfahren gegen zwei andere hatte das Landgericht bereits früher eingestellt.

Am 15. Mai verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main einen Neonazi wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten. Er hatte zwei Demonstranten zusammengeschlagen, als diese versuchten, die für den 19. Mai 1984 geplante Gründung des FAP-Kreisverbandes Lahn-Dill zu stören.

Im November verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main zwei Neonazis wegen des Herstellens und Vorrätighaltens von neonazistischen Schriften und Flugblättern zu Geldstrafen von 1 000 DM bzw. 600 DM. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Beurteilung

Die rechtsextremen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen hielten an ihren Zielen fest. Ihre Aktionen richteten sich weiterhin allgemein gegen Ausländer und insbesondere gegen ausländische Flüchtlinge. Die Mitgliederzahlen sind geringfügig gestiegen, während die von ihnen verübten Stör- und Schmieraktionen mit 130 gegenüber den Vorjahren (1984: 166; 1985: 199) abnahmen.

Der NPD, deren Aktivitäten fast ausschließlich der Bundestagswahl 1987 galten, gelang es mit den Themen Ausländer, Asylpolitik, Arbeitslosigkeit und Agrarpolitik der Bundesregierung vermehrt Protestwähler anzusprechen und

am 25. Januar 1987 mit bundesweit 0,6 v. H. (Hessen: 0,8 v. H.) der abgegebenen Zweitstimmen ein für sie gutes Wahlergebnis zu erreichen. Angesichts ihrer geringen Mitgliederzahlen ist für die Partei die finanzielle Auswirkung des Wahlergebnisses, eine Wahlkampfkostenerstattung von mehr als 1,2 Mio. DM, von besonderer Bedeutung. Es kann davon ausgegangen werden, daß ein nicht geringer Teil dieser Summe für vermehrte Agitation verwandt werden wird. Bei künftigen Wahlen wird auch abzuwarten sein, wie sich das beabsichtigte Zusammenwirken von NPD und DVU in den Ergebnissen niederschlagen wird.

Den neonazistischen Gruppen ist es nur zum Teil gelungen, ihre personellen und organisatorischen Schwierigkeiten zu überwinden. Zerstrittenheit und Konzeptionslosigkeit waren — zumindest in Hessen — vorherrschend. Die politischen Energien von Anhängern der verbotenen ANS/NA und der FAP wurden im wesentlichen durch interne Diskussionen, vor allem über das Problem der Homosexualität, und das Gerangel um Führungspositionen aufgebraucht. Der Umstand, daß sich ehemalige Aktivisten der verbotenen ANS/NA nicht nur in der FAP, sondern auch in weit unbedeutenderen und rivalisierenden Gruppen wie der DAP zusammengefunden haben, vor allem aber die Spaltung der Bewegung der Neuen Front, zeigt anschaulich die Zerstrittenheit des neonazistischen Lagers. Er macht aber auch deutlich, daß das Verbot einer neonazistischen Organisation nicht automatisch das Ende der politischen Betätigung ihrer Mitglieder bedeutet. Diese politisch bedeutungslose Randgruppe unverbesserlicher Neonazis ist weiterhin sorgsam zu beobachten. Zwar ist sie nicht geeignet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu gefährden, wohl aber in der Lage, durch Agitation das Ansehen unseres Staates im In- und Ausland herabzusetzen.

Linksextreme Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* repräsentiert den an der Sowjetunion orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie steht in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* und befolgt politisch und ideologisch vorbehaltlos die von *KPdsU* und *SED* vorgegebene Linie.

Vorsitzender der *DKP* ist seit 1973 Herbert Mies. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder liegt bei rund 42 000 (nach eigenen Angaben 57 802) und ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Als einzige Partei in der Bundesrepublik gibt die *DKP* ihr Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)* als Tageszeitung heraus. Es hat eine Auflage von rund 24 000 Exemplaren. Die Freitagsausgabe mit einer Wochenendbeilage wird in 46 000 Exemplaren hergestellt. Zu besonderen Anlässen erscheinen *Extrablätter* in weit höherer Auflage. Der *DKP*-Parteivorstand gibt weiterhin zweimonatlich die Zeitschrift *praxis — Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* sowie in unregelmäßiger Folge die Zeitung *DKP-Landrevue*, den *DKP-Pressedienst* und einen *infodienst* mit Material für *DKP*-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter*, herausgegeben vom *Verlag Marxistische Blätter GmbH* in Frankfurt am Main (Auflage über 7 000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Press-Agentur GmbH (PPA)* veröffentlicht einen *PPA-Tagesdienst* mit Berichten über Aktivitä-

ten der *DKP* und ihr nahestehender Organisationen.

Der *DKP-Bezirksorganisation Hessen* unter Leitung von Rudi Maurer, Frankfurt am Main, gehören über 5 000 Mitglieder in 20 Kreisorganisationen sowie in 200 Orts-, Stadtteil-, Betriebs- und Hochschulgruppen an. Diese Organisationseinheiten geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Ferner veröffentlicht der *DKP-Bezirksvorstand* unter dem Titel *DKP kommunal* Informationen zur Landes- und Kommunalpolitik. Unter dem Titel *Denkzettel* erscheint ein Mitteilungsblatt für die «Probleme fortschrittlicher Kultur und Kulturschaffender in Hessen».

Die *DKP* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus. Auf ihrem 8. Parteitag (2. bis 4. Mai in Hamburg) verabschiedete sie 44 programmatische *Thesen*, die das *Parteiprogramm von 1978* ergänzen sowie «zur Diskussion und Weiterentwicklung des Kampfes der linken und demokratischen Kräfte» beitragen sollen. Danach ist «unverrückbares Ziel» der *DKP* eine «sozialistische Bundesrepublik», in der «die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Macht ausüben» (*These 38*). Mit dieser Formulierung umschreibt sie die *Diktatur des Proletariats*, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Gemäß der revolutionären Strategie und Taktik Lenins soll das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreicht werden. Zunächst will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse» und der bündnisbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeiführen. Diese soll dann in eine «antimonopolistische Demokratie» (Periode grundlegender Umgestaltungen) einmünden und den Weg zum Sozialismus öffnen (*DKP-Programm*, Seite

33 und 66). Hierfür erstrebt die *DKP* ein breites Bündnis und als dessen Kern die «Aktionseinheit der *Arbeiterklasse*» (Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern). Der «unvermeidliche Widerstand des Großkapitals» gegen die kommunistische Machtübernahme soll «im harten Kampf» überwunden werden (*DKP-Programm*, Seite 66).

Zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der *Arbeiterklasse* propagiert die *DKP* die Forderung nach Ablösung der «Rechtskoalition» in Bonn (*These 13*) und stellt sie agitatorisch als das gemeinsame Ziel aller Kräfte links von der *CDU/CSU* heraus. Sie behauptete auf ihrem Parteitag, die Möglichkeiten der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten hätten sich verbessert. Dabei verkenne sie «keineswegs die politischen und weltanschaulichen Unterschiede» und den «reformistischen und systemkonformen Charakter der *SPD*-Führungspolitik». Sie appelliere jedoch an alle Sozialdemokraten, «Gemeinsamkeiten in den Forderungen noch stärker auch zu gemeinsamem und gleichgerichteten Handeln» weiterzuentwickeln (*Parteitagsprotokoll*, Seite 70).

Entsprechend dem marxistisch-leninistischen Grundsatz der «Einheit von Strategie und Taktik» will die *DKP* bei ihrem Kampf für Tages- und Nahziele nicht nur für diese begrenzten Aufgaben, sondern stets gleichzeitig für das «umfassende Ziel der Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch den Sozialismus» wirken. Der sozialistischen Revolution gilt all ihr Handeln. Als «*revolutionäre Kampfpartei*» der *Arbeiterklasse* fordert sie von ihren Mitgliedern Prinzipienfestigkeit in Grundsatzfragen, Parteidisziplin, Beschlußtreue und Umsetzung ihrer Politik durch «einheitliches, zentralisiertes Handeln». Die Beschlüsse der Leitungsgremien sind für alle nachgeordneten Parteiorganisationen verbindlich, Diskus-

sionen und Kritik nur erlaubt, wenn sie der Wahrung kommunistischer Positionen dienen, also «selbst kommunistisch» sind. Fraktionsbildung und ideologisches Abweichen von der Parteilinie werden un-nachsichtig bekämpft (*These 40* und *UZ-Beilage* vom 4. Oktober 1986). Über die «Einheit und Reinheit» der Partei wachen *Schiedskommissionen*. Sie bemühen sich ständig um «revolutionäre Wachsamkeit» und «Sicherheitsbewußtsein» der *DKP*-Mitglieder gegenüber dem «Klassenfeind».

Das Vermächtnis Ernst Thälmanns, der die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* zu einer *revolutionären Kampfpartei* entwickelt hatte, ist für die *DKP* «Anleitung zum Handeln» (*Parteitagsprotokoll*, Seite 90), ihr Vorbild der in der Sowjetunion und in der *DDR* praktizierte «*reale Sozialismus*» (*Thesen 3 bis 5*). Die Haltung zur Sowjetunion stellt den entscheidenden Prüfstein für jedes *DKP*-Mitglied dar (*DKP-Programm*, Seite 88). Der Vorsitzende Herbert Mies versicherte in einer Erklärung zur Jahreswende 1986/87, die feste Freundschaft der *DKP* mit der *KPdSU* und der *SED* «ist Teil der Verbundenheit unserer Partei mit der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung». Die Partei werde 1987 den *70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution* als wichtigstes Ereignis begehen. Sie sei der Überzeugung, daß «die Dynamik des revolutionären Weltprozesses . . . an Kraft zunehmenden wird» (*UZ* vom 31. 12. 1986).

Die *DKP* zeigte sich auf ihrem 8. Parteitag unter dem Motto «Für eine neue Politik — Atomwaffenfreie Welt und Arbeit für alle» als unverändert moskautreue marxistisch-leninistische Partei. Die Zusammensetzung der Leitungsgremien änderte sich bei den Neuwahlen nur geringfügig. Diese Gremien bestehen weiterhin überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der illegalen *KPD*; ein großer Teil hat län-

gere Lehrgänge an Parteischulen in der DDR oder in der Sowjetunion absolviert. Die bisherige Vorsitzende der *DKP Hessen*, Ellen Weber, wurde zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Der *DKP*-Vorsitzende Mies behauptete in seinem Referat die gewachsene Bündnisfähigkeit der *DKP*. Sie sei «keine isolierte Kraft» mehr, sondern habe sich in «die Akzeptanz, in das Ansehen, in das Vertrauen vieler demokratischer Kräfte hineingearbeitet» (*Parteitagprotokoll*, Seite 78). Unüberhörbar war die kritische Stimmung zahlreicher Delegierter gegenüber der zentralen Führung, insbesondere wegen ihrer Informationspolitik anlässlich des Unfalls im sowjetischen Kernkraftwerk *Tschernobyl* und der «*Bündnispolitik*». Die Parteiführung wurde offenbar von dieser Entwicklung überrascht und resümierte später: «Unser Parteitag stand vor der Aufgabe, klar zu erkennen, daß es dem Gegner nicht gelingen darf, das tragische Unglück von *Tschernobyl* zu nutzen, um von der alles entscheidenden Frage des Kampfes gegen die atomaren Waffen abzulenken» (*UZ-Beilage* vom 4. Oktober 1986, Seite 29).

Die Bemühungen um «größtmögliche Verbreiterung der *Friedensbewegung*» und Orientierung der Aktionen gegen das *SDI-Programm*, gegen die Atomtests der USA und gegen die in Europa stationierten amerikanischen Atomraketen standen weiterhin im Mittelpunkt der Agitation und «*Bündnispolitik*» der *DKP*. Durch ständige Präsenz und geschlossenes Auftreten versuchten *DKP*-beeinflusste Organisationen, im *Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung* ihre Vorstellungen einzubringen. Obwohl sich die *DKP* und ihr Umfeld bei der bundesweiten *Aktionskonferenz des Koordinierungsausschusses* am 1. und 2. Februar in Bonn-Beuel auf die Mehrheit der 600 Teilnehmer stützen konnten, verzichteten sie auf die Durchsetzung ihres Aktionsvorschlags und stimmten einer bundes-

weiten Demonstration und Kundgebung an der *Cruise-Missiles-Basis* in Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober zu, um die «Einheit der *Friedensbewegung*» zu wahren. Sie unterstützten die Vorbereitung der Demonstration publizistisch und beteiligten sich an ihr bundesweit in großer Zahl. Die *DKP* würdigte in ihrem Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)* das Ergebnis und erklärte: «Hasselbach hat uns noch mehr Zuversicht, aber auch mehr Kraft für unseren Kampf gegeben» (*UZ* vom 13. Oktober 1986).

Auch an der Vorbereitung und Durchführung der zentralen *Ostermärsche '86* in *Hessen* mit Abschlußkundgebungen in Frankfurt am Main und Kassel (insgesamt rund 11 000 Teilnehmer) beteiligten sich die *DKP* und ihr Umfeld. Die überwiegende Zahl der Ostermarschierer identifizierte sich jedoch nicht mit den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der *DKP*, sondern demonstrierte für Frieden und Abrüstung. Das *hessische Ostermarschbüro* und die *zentrale Informationsstelle Ostermarsch '86* mit bundesweiten Koordinierungsaufgaben waren wieder in der *Landesgeschäftsstelle Hessen der DKP*. beeinflussten *Deutschen Friedens-Union (DFU)* in Frankfurt am Main untergebracht. Als Sprecher des *Ostermarschbüros* agierte der *Landesgeschäftsführer der DFU Hessen*.

Die *DKP* war weiterhin unvermindert bemüht, Einfluß im *DGB* und in seinen Einzelgewerkschaften zu gewinnen. Ihre Mitglieder unternahmen erhebliche Anstrengungen, um in den Gewerkschaften einflußreiche Funktionen zu erwerben, auf den Vorstellungen der *DKP* beruhende Ideen und Forderungen zu verbreiten und die Kampfbereitschaft zu fördern. Die *DKP* mobilisierte ihre Anhänger zur Unterstützung des *Aktionstages des DGB* am 6. März und die zentrale *Aktion der DGB-Jugend* vom 13. bis 15. September. Das *DKP*-Präsidium rief alle Mitglieder

und Betriebsgruppen der Partei auf: «Beteiligt Euch als aktive Gewerkschafter an den Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend vor Ort...» (UZ vom 5. September 1986). Im Hinblick auf die Tarifauseinandersetzungen 1987 forderte der DKP-Parteivorstand die Mitglieder und Parteiorganisationen auf, die gewerkschaftlichen Kampfziele mit Argumenten und Aktionen zu untermauern und Mobilisierungspläne für den Fall von Aussperrungen aufzustellen. Arbeitsgruppen der DKP auf Bezirks- und Kreisebene sollten «in Abstimmung mit den jeweiligen Sekretariaten die Verwirklichung und Kontrolle der Mobilisierungspläne» übernehmen.

Bei den Vorbereitungen der *Betriebsratswahlen 1987* erklärte die DKP, im Kampf um die Veränderung des Kräfteverhältnisses seien «klassenorientierte Interessenvertretungen» erforderlich. Es müsse alles getan werden, damit DKP-Mitglieder «in größerer Zahl in diese betrieblichen Gremien gewählt werden» (UZ-Beilage vom 18. Dezember 1986). Auf der 2. Zentralen Betriebsrätekonferenz der DKP am 21. Juni in Dulsburg berieten etwa 600 Teilnehmer in vier Arbeitskreisen über die Aufgaben kommunistischer Betriebsräte, Jugendvertreter und Personalräte. Zur Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit gibt die *Nachrichten-Verlags GmbH in Frankfurt am Main* die Monatsschrift *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* in einer Auflage von mehr als 7 000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift wendet sich insbesondere an Gewerkschaftsfunktionäre. Das Redaktionskollegium und der Herausgeberkreis bestehen überwiegend aus Mitgliedern und Funktionären der DKP.

Im Wahlkampf zur *Bundestagswahl* am 25. Januar 1987 unterstützte die DKP das von ihr initiierte Personenbündnis *Die Friedensliste*. Sie empfahl ihren Anhängern, mit der Erststimme die Direktkandidaten dieses Personenbündnisses zu

wählen und die Zweitstimme den Landeslisten der SPD oder den GRÜNEN zu geben. Durch den Verzicht auf eine Eigenkandidatur wollte sie eine Zersplitterung der Kräfte links von CDU/CSU und FDP verhindern. Dieses Wahlverhalten führte zu erheblichen Irritationen unter den DKP-Mitgliedern, vereinzelt auch zu offener Kritik in den Mitgliederversammlungen der DKP-Grundeinheiten. Auf einer *Bundeswahlkonferenz* der DKP am 13. September in Bottrop erläuterte der Parteivorsitzende Mies noch einmal die Gründe für die Entscheidung der Parteiführung zugunsten der «*Bündnispolitik*». Dieser Schritt bedeute keinen Rückzug aus dem politischen Leben, sondern entspreche den «konkreten Voraussetzungen und Kampfbedingungen». Wahlbündnisse seien ebenso wie die Eigenkandidatur Bestandteil der politischen Strategie der DKP, die auf «die Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte gerichtet» sei. Neben der Unterstützung der *Friedensliste* entfaltete die DKP eigenständige Aktivitäten im Wahlkampf und versuchte, die aus ihrer Sicht günstige Situation zur Weiterentwicklung außerparlamentarischer Bündnisse und Aktionen zu nutzen.

Im Rahmen ihres *Partei-Aufgebotes Ernst Thälmann* (Mitgliederwerbekampagne vom 1. September 1985 bis 16. April 1986) gelang es der DKP erstmals, eine größere Zahl neuer Mitglieder zu gewinnen, die nicht durch die Beschäftigung mit der marxistisch-leninistischen Theorie, sondern über ihre Beteiligung an außerparlamentarischen Aktionsbündnissen zur DKP gestoßen sind. Die Integration dieser neuen Mitglieder bereitet der DKP erhebliche Schwierigkeiten. Es kam immer häufiger zu innerparteilichen Diskussionen und kritischen Fragen, die das politisch geschlossene Parteibild störten. Die Parteiführung ordnete daher an, den neuen Mitgliedern möglichst schnell «wenig-

stens Grundkenntnisse über die Ziele, die Prinzipien und die wissenschaftliche Weltanschauung» der *DKP* zu vermitteln. Deshalb erweiterte sie das umfangreiche Schulungsprogramm der Partei durch viermonatige Grundkurse für junge Mitglieder über Aufbau, Organisationsprinzipien, Ideologie und Politik der *DKP*. Diese werden auf Kreisebene organisiert; der Parteivorstand gibt Schulungshefte hierfür heraus. Darüber hinaus wurde das *ABC für junge Kommunisten* erweitert und neu aufgelegt.

Kernstück der Bildungsarbeit blieb die Mitgliederschulung in den Grundorganisationen. Durch Einsatz neuer Medien (Videofilme usw.) soll sie systematisch verbessert werden. Die *Betriebsarbeiterjahresschule der DKP-Bezirksorganisation Hessen* in Frankfurt am Main bildete wiederum hessische *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften aus. Auch das Fernstudium der *DKP* für hessische Frauen über «Weltanschauliche und politische Grundfragen des Marxismus» wurde fortgesetzt. Zahlreiche hessische *DKP*-Mitglieder nahmen an Lehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. Funktionäre der *DKP* wurden auch weiterhin auf längere Lehrgänge an Schulen in Moskau und Ost-Berlin für Führungsaufgaben entsandt.

Die Konzentration des Verlags- und Preswesens der *DKP* setzte sich mit der Übernahme des *Verlags Marxistische Blätter GmbH* (Frankfurt am Main) durch die *Firma Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH* (Neuss) und der Fusion der *Verlage Pahl Rugenstein* (Köln), *Röderberg* (Frankfurt am Main) und *Weltkreis* (Dortmund) zu einem neuen *Verlag Pahl Rugenstein* (Köln) fort.

Die *DKP*, die bereits in den Vorjahren die Aufwendungen für ihren kostspieligen

Parteiapparat nicht aus eigenen Mitteln decken konnte, war auch 1986 wieder auf hohe Zuschüsse aus der DDR angewiesen.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* ist mit etwa 6 000 Mitgliedern weiterhin die mitgliederstärkste und einflussreichste linksextreme Studentenorganisation. Sein Bundesvorsitzender ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Das *MSB*-Organ *rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von rund 15 000 Exemplaren. Aus aktuellen Anlässen wurden *Extraausgaben* in weit höherer Auflage an den Hochschulen verbreitet. In *Hessen* bestehen Gruppen des *MSB* in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden mit unverändert etwa 1 300 Mitgliedern.

Der *MSB* stellte erneut seine enge Verbundenheit mit der *DKP* heraus. Als «*revolutionärer Studentenverband*» kämpft er an den Hochschulen für eine «grundlegende andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus». Der *MSB* tritt nach eigenen Erklärungen für das «*Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz*» ein und will die Kräfteverhältnisse an den Hochschulen verändern (*MSB*-Bundesvorstand im *Schulungsheft 1986*). Dazu dient ihm die seit Jahren bestehende Aktionseinheit mit dem *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)*, die er als das «entscheidende Kraftzentrum und Motor für eine aktionsorientierte Interessenvertretung» wertete.

Am 17./18. Mai veranstalteten der *MSB Spartakus* und die *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)* in Dortmund ihr 5. *Festival der Jugend* unter dem Motto «*Festival gegen Rechts, für die Rechte*»

der Jugend auf Arbeit, Bildung, Demokratie» mit etwa 150 000 Besuchern. Als Gäste waren 61 Delegationen befreundeter Organisationen aus 50 Ländern erschienen. Bei diesem Festival würdigte der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies den Beitrag des *MSB Spartakus* für ein Bündnis zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse. Dieser habe zum erfolgreichen Abschluß des *Partei-Aufgebotes Ernst Thälmann* der *DKP* einen aktiven Beitrag geleistet. Um seine Gruppen an den Hochschulen zu stärken, eröffnete der *MSB* an diesem Tage einen Mitgliederwettbewerb, der mit dem 10. *MSB*-Bundeskongreß (1987) enden soll. Bisher wurden über 300 neue Mitglieder geworben.

Bei einer Tagung der Gruppenvorsitzenden des *MSB* am 4./5. Oktober in Bielefeld mit etwa 500 Teilnehmern beriet der *MSB* über eine «bundesweite Studentenaktion gegen die *CDU*». Die *MSB*-Gruppen an den hessischen Hochschulen unterstützten die Wahlkampfkationen der *Friedensliste*. Die Aktivitäten des *MSB* ließen jedoch nach. Offensichtlich fehlt es der Organisation derzeit an Mitgliedern, die bereit und in der Lage sind, die Beschlüsse des *MSB* aktiv und zielstrebig in politische Arbeit umzusetzen.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (*SDAJ*)

Die *SDAJ* wurde am 5. Mai 1968, dem 150. Geburtstag von Karl Marx, in Essen gegründet. Sie hat etwa 15 000 aktive Mitglieder, die in rund 1 000 Gruppen organisiert sind. Die Bundesvorsitzende ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Publikationen der *SDAJ* sind die Monatszeitschriften *elan* — *Das Jugendmagazin* (Auflage rund 25 000 Exemplare) und *Jugendpolitische Blätter* (Auflage rund 2 500 Exemplare). Die drei Herausgeber des Magazins *elan* gehören dem *DKP*-Parteivorstand an.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht unverändert aus 1 600 Mitgliedern in Kreisverbänden, Orts-, Stadtteil-, Betriebs-, Schüler-, Frauen-, Ausländer-, Sport- und Kulturgruppen. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Mitglied des Sekretariats des *DKP*-Bezirksvorstandes Hessen.

In ihrem Aktionsprogramm für die Grundrechte der Jugend bekennt sich die *SDAJ* als «revolutionärer Arbeiterjugendverband» zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin. Sie kämpft für eine «freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus, der Weltanschauung der Revolutionäre». Eine «gemeinsame Weltanschauung und der Kampf für das gemeinsame Ziel, eine sozialistische Bundesrepublik» (*Aktionsprogramm der SDAJ*, Seite 52), verbinde sie mit der *DKP*.

Bei einer bundesweiten Beratung der Kreisvorsitzenden am 27./28. September in Frankfurt am Main erhielten die *SDAJ*-Funktionäre Informationen über die Wahlkampfkonzepktion der *DKP* zur *Bundestagswahl 1987* und die angestrebte Unterstützung der *Friedensliste*.

Den Lehrstellenmangel ausnutzend, warb die *SDAJ*-Hessen um neue Mitglieder unter dem Motto «Wer mehr für Lehrstellen tun will, muß Mitglied der *SDAJ* werden». Sie verband die Aktion mit einer Schulabgänger-Umfrage «Hast Du schon eine Lehrstelle?».

Mit einer Kampagne «Stoppt die Jugendfeinde — gemeinsam gegen rechts» unterstützte die *SDAJ* die Aktionen der *Friedensbewegung* und störte Wahlkampfveranstaltungen der *CDU*. Die Störungen wurden von ihr publizistisch vorbereitet, indem sie in der Dezemberausgabe ihres Organs *elan* eine Aufstellung geplanter Wahlkampfveranstaltungen der *CDU* mit

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zusammen mit Fotos von überklebten und mit Parolen besprühten *CDU*-Wahlplakaten sowie mit Berichten über erfolgreich mit «Rasseln und Trillerpfeifen» gestörte Wahlveranstaltungen veröffentlichte.

Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation (JP)

Die Kinderorganisation der *DKP* *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop nach dem Vorbild der kommunistischen Staaten für Kinder im Alter zwischen sechs und vierzehn Jahren gegründet. Sie hat in zwölf Landesverbänden etwa 4 000 Mitglieder. Der Bundesvorsitzende ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes und des *SDAJ*-Bundesvorstandes. Die Bundesleitung gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *pionier* und ein *Pionierleiter-Info* heraus.

Der 1976 gegründete *Landesverband Hessen* besteht aus rund 50 aktiven *JP*-Gruppen mit etwa 500 Mitgliedern. Landesvorsitzende ist seit 1984 das *DKP*-Mitglied Doris Schmidt.

Auf einem Seminar am 9. März in Hamburg diskutierten etwa 100 Gruppenleiter der *Jungen Pioniere* über Erfahrungen im «Kampf der Kommunisten für Kinderrechte» zu Beginn der 30er Jahre und über Möglichkeiten, durch die *Pionierbewegung* Masseneinfluß zu gewinnen. In einem vorbereitenden Diskussionspapier forderte die *zentrale Pionierleitung*, die Kinder «systematisch mit sozialistischen Ideen vertraut» zu machen und sie aktiv in Aktionen für ihre Rechte einzubeziehen.

Unterstützt durch *DKP*- und *SDAJ*-Mitglieder veranstalteten die Landesverbände der *Jungen Pioniere* 30 Pfingstcamps unter dem Motto «Keinen Krieg der Sterne — den Frieden haben wir gerne!» mit bundesweit etwa 4 000 Kindern.

In *Hessen* fanden Pfingstcamps in Dietzenbach und Ahnatal statt.

Vom 6. Juli bis 25. August organisierten die *Jungen Pioniere* mit Hilfe der *DKP* erneut preisgünstige Kinderferienfahrten in die DDR. Daran nahmen aus *Hessen* etwa 300 Kinder teil. Die *DKP* verfolgt mit den Kinderferienfahrten das Ziel, die Kinder mit ihren politischen Ideen vertraut zu machen, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen und ihnen ein «positives Verhältnis zur DDR» zu vermitteln. Mit «Probeferien» für Eltern in den DDR-Ferienlagern warben die Veranstalter für ihr Projekt.

Institut für Marxistische Studien und Forschung e. V. (IMSF)

Leiter des 1968 in Frankfurt am Main von *DKP*-Funktionären gegründeten *IMSF* ist Dr. Heinz Jung, Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Als «wissenschaftliches Institut» der *DKP* soll es Theorie und Methode des Marxismus-Leninismus auf die gesellschaftlichen und politischen Erscheinungen in der Bundesrepublik Deutschland umsetzen und der *Arbeiterklasse* das theoretische Rüstzeug für den *Klassenkampf* liefern. Es arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus* und den *Akademien für Gesellschaftswissenschaften bei den Zentralkomitees der KPdSU* in Moskau und der *SED* in Berlin (Ost) sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. So lieferte das *IMSF* Hintergrundmaterial für die auf Einladung des *Instituts für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR* vom 8. bis 10. Oktober in Moskau durchgeführte internationale Konferenz zum Thema «Die Arbeiterklasse und die Gegenwart». Die Konferenz diente der Weiterentwicklung revolutionärer Theorien als Handlungsanleitung für die Praxis. Unter den Teilnehmern waren Vertreter sämtlicher kommunistischer Parteien

Westeuropas. In Frankfurt am Main veranstaltete das *IMSF* Mitte März gemeinsam mit der internationalen kommunistischen Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* ein internationales Symposium über «den wissenschaftlichen Fortschritt und die Lage der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder (80er Jahre)» mit Vertretern kommunistischer Parteien aus «13 kapitalistischen Ländern».

Am 21./22. Juni fand in Frankfurt am Main eine internationale Konferenz führender Mitarbeiter des *IMSF* und der *Akademien für Gesellschaftswissenschaften der KPdSU* und der *SED* zum Thema «Sozialismus heute — Realität — Theoretische Analyse — Perspektive» mit etwa 100 Teilnehmern statt. Arbeitsergebnisse, Analysen und Dokumentationen des *IMSF* wurden in einem Jahrbuch und mehreren periodischen Schriftenreihen verbreitet.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung — Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* besteht seit 1969 als Dachorganisation der orthodox-kommunistischen *Bildungsgemeinschaften*. Die rund 60 örtlichen *Bildungsgemeinschaften der MAB* sollen vor allem politisch Interessierte, die nicht der *DKP* angehören, mit dem «wissenschaftlichen Sozialismus» vertraut machen.

In *Hessen* bestehen acht lokale *Bildungsgesellschaften*, die zum Teil als *Marxistische Abend- oder Arbeiterschulen (MASCH)* mehrwöchige Schulungskurse zum Marxismus-Leninismus durchführen. Die *DKP* zählt die *MASCH*-Kurse zu ihrem Bildungsangebot. Der Bildungssekretär des *DKP*-Bezirksvorstandes *Hessen* ist Mitglied des *MAB*-Bundesvorstandes.

DKP-beeinflußte Organisationen

Nach marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik (Aktionseinheit und Volksfront) setzte die *DKP* ihre Bemühungen fort, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Sie griff dabei nach alter Taktik Forderungen und Anliegen auf, für die auch Nichtkommunisten eintreten. Zentrales Thema blieb der Kampf gegen die Rüstungspolitik der *NATO*-Staaten, verbunden mit der Forderung nach einem Regierungswechsel in Bonn. Die *DKP* kann sich auf etwa 50 überregional tätige Organisationen und Initiativen stützen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheblich von ihr beeinflußt werden. Oft sind nur wenige Schlüsselfunktionen in den Leitungsgremien, vor allem im organisatorischen Bereich, mit Mitgliedern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne ihrer «*Bündnispolitik*» von der demokratischen Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die *DKP* will weder, daß die von ihr beeinflußten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten als *DKP*-Mitglieder bekannt werden. Absicht der *DKP* ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die für sich betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Die Arbeit der von der *DKP* beeinflußten Organisationen ist am wirksamsten, wenn der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen nicht erkannt wird. Ein bedeutendes Organ der kommunistischen «*Bündnispolitik*» ist die seit Oktober 1983 wöchentlich in einer Auflage von 27 000 Exemplaren erscheinende *Deutsche Volkszeitung/die tat*. Sie steht unter der Leitung eines *DKP*-Mitgliedes; die meisten Redaktionsmitglieder sind Kommunisten.

Die wichtigsten *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (*VVN-BdA*)

Die 1947 gegründete *VVN* fügte 1971 ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch jüngere Mitglieder zu gewinnen. Sie steht nach wie vor unter maßgeblichem kommunistischen Einfluß. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder des geschäftsführenden Präsidiums sind Kommunisten. Bundesweit hat die *VVN-BdA* etwa 13 500 Mitglieder, organisiert in zehn Landesverbänden. Weitere fünf Organisationen sind ihr korporativ angeschlossen. Die monatlich erscheinende Mitgliederzeitschrift *antifaschistische Rundschau* wird vom Präsidium der *VVN-BdA* herausgegeben. Verantwortlich zeichnet Kurt Erlebach, Generalsekretär der *VVN-BdA* und Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Der *Landesverband Hessen* hat in 14 Kreisvereinigungen mehr als 1 500 Mitglieder.

Schwerpunkt der *VVN-BdA*-Agitation war der «Kampf gegen Neofaschismus». Bei Arbeitskonferenzen und gemeinsamen Veranstaltungen mit demokratischen Organisationen versuchte sie, ein gemeinsames Vorgehen gegen neofaschistische Aktivitäten zu erreichen. Gleichzeitig bekämpfte sie entschieden antikomunistische Vorbehalte.

Die *VVN-BdA* stellte sich als Teil der *Friedensbewegung* dar und forderte ihre Mitglieder auf, die «historischen Erfahrungen der Jahre nach 1945» in die *Friedensbewegung* einzubringen.

Auf Einladung des *Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR* hielt sich im August eine Delegation des Präsidiums der *VVN-BdA* in der DDR

auf. Bei den Gesprächen wurden «Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der brüderlichen Zusammenarbeit» beider Organisationen festgelegt.

Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Bundesparteitag der *NPD* in Willingen, den Landesparteitag der *NPD* in Gambach und gegen das Treffen der *FAP* in Dillenburg nutzte die *VVN-BdA* für ihre «antifaschistische Bündnispolitik».

Deutsche Friedens-Union (*DFU*)

Die 1960 in Stuttgart auf kommunistisches Betreiben gegründete *DFU* spielt nach wie vor eine zentrale Rolle in der *Volksfrontpolitik* der *DKP*. Ihr gehören unverändert etwa 1 000 Mitglieder in zehn Landesverbänden an. An der Spitze der Organisation steht ein *Direktorium*. Der Bundesvorstand gibt regelmäßig ein *Abrüstungsinfo* und ein *Info demokratie* heraus. In *Hessen* verfügt die *DFU* über drei aktive Bezirksverbände mit insgesamt 150 Mitgliedern.

Zentrales Anliegen der *DFU* ist die Förderung der Zusammenarbeit von Kommunisten, Christen und Mitgliedern demokratischer Organisationen. In Abstimmung mit der *DKP* wirkte sie bei der Organisation des kommunistischen *Friedenskampfes* mit, half beim Aufbau von Unterstützerkreisen der *Friedensliste* und koordinierte die Arbeit der Kampagne gegen angebliche Berufsverbote. Die *DFU* ist im *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)*, in der *Krefelder Initiative* und im sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat* vertreten. Drei ihrer Mitglieder kandidierten in *Hessen* als Direktkandidaten der *Friedensliste* zur *Bundestagswahl* am 25. Januar 1987. In einem Größschreiben zum 8. Parteitag der *DKP* versicherte die *DFU*, sie werde «allen Anfeindungen zum Trotz die Zusammenarbeit mit Kommunisten» praktizieren und für ei-

ne «Politik der Verständigung und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten» eintreten. Auch die *Friedensbewegung* habe die *DKP* als «verlässlichen Partner im *Friedenskampf* kennen- und schätzen gelernt». Die *DFU* halte es für notwendig, «daß sich dieser Prozeß der Zusammenarbeit weiterentwickelt und vertieft» (*DKP-Parteitagprotokoll*, Seite 706).

Anläßlich des *Ostermarsches 1986* war die Landesgeschäftsstelle der *DFU* Sitz der bundesweiten *Informationsstelle Ostermarsch*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete verantwortlich für das Spendenkonto. Die vorbereitenden Gespräche zur Durchführung des *Ostermarsches* wurden im wesentlichen über ihn koordiniert.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (*KFAZ*)

Das *KFAZ* wurde 1974 in Bad Godesberg unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen gegründet. Es ist neben der *DFU* das wichtigste bündnispolitische Instrument des kommunistischen *Friedenskampfes*. Das *Komitee* verfügt weder über eine Satzung noch über feste Organisationsstrukturen. Zentrales Leitungsgremium ist das *Büro*. Von den 16 *Büro*-Mitgliedern gehören neun persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat (WFR)* an.

Am 21./22. Juni veranstaltete das *KFAZ* in Köln eine Konferenz zum Thema: «Frieden 2000 — Wege aus der Gefahr». Daran nahmen etwa 250 Personen, darunter Gäste aus den Staaten des *Warschauer Paktes* und dem westlichen Ausland, teil. Auf der Grundlage eines gleichnamigen Memorandums diskutierten die Teilnehmer über strategische Orientierungen der *Friedensbewegung*, Möglichkeiten der

Abrüstung und der politischen Friedenssicherung. Ein Mitglied des *KFAZ-Büros* forderte im Hauptreferat den «Abbau von antikommunistischen und antisowjetischen Feindbildern».

Die Friedensliste

Die *Friedensliste* wurde am 18. März 1984 in Bad Godesberg unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung als Personenbündnis zur *Europa-Wahl 1984* gegründet. Dem aus 37 Personen bestehenden Bundesvorstand gehören überwiegend Mitglieder der *DKP* und ihr nahestehender Organisationen an. Von den fünf Sprechern des Bundesvorstandes ist je einer Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes, des *DFU*-Bundesvorstandes, des Bundesvorstandes des *DKP*-beeinflußten *Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V. (BdWi)* oder des *Weltfriedensrates*.

Der *Sprecherkreis der Friedensliste Hessen* konstituierte sich bei einem Treffen am 26. April in Frankfurt am Main. Ihm gehören überwiegend Mitglieder der *DKP* und von ihr beeinflusster Organisationen an.

Zur *Bundestagswahl* am 25. Januar 1987 stellte die *Friedensliste*, zu deren Gunsten die *DKP* ihre eigene Kandidatur zurückgestellt hatte, in 245 von insgesamt 248 Wahlkreisen Direktkandidaten auf. In den restlichen drei Wahlkreisen waren Mitglieder der *Friedensliste* Direktkandidaten der *GRÜNEN*. Darunter war auch ein hessischer Wahlkreis. Die Kandidaten der *Friedensliste* erhielten am 25. Januar 1987 in den 245 Wahlkreisen 188 602, davon in 21 hessischen Wahlkreisen 22 216 Erststimmen.

Da die *Friedensliste* mit Rücksicht auf die *DKP* nicht als Partei auftreten wollte, verzichtete sie auf Landeslisten. Dies ermöglichte außerdem die Empfehlung, die

Zweitstimme «für eine Ablösung der gegenwärtigen Rechtsregierung in Bonn» abzugeben. In ihrem Wahlprogramm, verabschiedet vom 2. Wahlkongreß am 21. September in Simmern/Hunsrück, unterstrich die *Friedensliste* die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte in einem Bündnis. Sie forderte u. a. die Verhinderung einer «Militarisierung des Weltraums», Abzug der «atomaren Ersts Schlagwaffen» und Senkung der Rüstungsausgaben.

Anfang Dezember hielt sich eine Delegation des Bundesvorstandes der *Friedensliste* auf Einladung des *Sowjetischen Friedenskomitees* zu politischen Gesprächen in Moskau auf. Die Gruppe wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden des *Präsidiums des Obersten Sowjets* empfangen.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die 1975 mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau* gegründetete und später in *DFI* umbenannte Frauenorganisation kennt keinen formellen Mitgliederstatus. Sie besteht aus über 110 Ortsgruppen, davon zehn in *Hessen*. Die *DFI*-Bundeskonferenz am 7./8. Juni in Köln wählte einen aus 30 Frauen bestehenden neuen *Zentralen Arbeitskreis (ZAK)*, der die Arbeit zwischen den Bundeskonferenzen koordiniert und die Organisation in der Öffentlichkeit vertritt. Im *ZAK* und in der aus sechs Personen bestehenden Bundesgeschäftsstelle in Köln arbeiten Mitglieder und Anhängerinnen der *DKP* maßgeblich mit.

Extreme Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (*MLPD*)

Die maoistisch orientierte *MLPD* ist 1982 aus dem zehn Jahre zuvor gegründeten

Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervorgegangen. Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung. In Maos «Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution» sieht sie die höchste Form des «*Klassenkampfes* im Sozialismus». Als «politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin» strebt die *MLPD* den «revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und die Errichtung der *Diktatur des Proletariats*» an.

Der Partei gehören etwa 1 300 Mitglieder an. Sie sind bundesweit in 16 Bezirken mit über 100 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert. Damit stellt die *MLPD* unverändert die mitgliederstärkste Organisation der *extremen Neuen Linken* dar. Die Parteizentrale befindet sich in Essen; Parteivorsitzender ist weiterhin Stefan Engel. Das Zentralorgan der Partei, die *Rote Fahne*, erscheint wöchentlich in einer Auflagenhöhe von 10 000 Exemplaren in *Neuer Weg Verlag und Druck GmbH*, Essen.

Nebenorganisationen der *MLPD* sind der *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)*, bis 1985 *Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)*, mit dem Organ *Rebell*, der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI)* mit zusammen etwa 300 Mitgliedern. Anfang des Jahres begann der *AJV/ML* mit dem Aufbau der Kinderorganisation *Rotfüchse*.

Die *MLPD* konnte ihre Organisation festigen, die Jugendarbeit vorantreiben und eine eigene Parteschule in Gelsenkirchen aufbauen. Als größte Veranstaltung führte sie ein «Internationales Tribunal gegen Sozialimperialismus und modernen Revisionismus» am 15. März in Hamburg mit etwa 1 000 Teilnehmern durch. Sie

warf der «sozialimperialistischen Sowjetunion» vor, die Weltherrschaft anzustreben und dafür die internationale *Friedensbewegung* zu benutzen. Auch verurteilte sie die von der Sowjetunion betriebene «imperialistische Unterjochung» fremder Völker wie in Afghanistan und Äthiopien. Weiter stellte die *MLPD* fest, daß die «Revisionisten», zu denen auch die *DKP* gehöre, zersetzend auf das *Klassenbewußtsein der Arbeiter* wirkten und den Kampf um die Einheit Deutschlands den «Reaktionären» überließen.

Am 15./16. November veranstaltete die *MLPD* ihren ersten «Bundeskongreß marxistisch-leninistischer Frauen» in Gelsenkirchen. Die etwa 400 Teilnehmerinnen diskutierten über die «Lage der werktätigen Frauen und ihre Aufgaben als Teil der Arbeiterbewegung» und beschlossen, bundesweit eine «Massenorganisation marxistisch-leninistischer Frauen» aufzubauen.

Zur *Bundestagswahl 1987*, an der die *MLPD* erstmals teilnahm, veröffentlichte sie im September ihr 20 Punkte umfassendes *Wahlprogramm* mit dem Titel «Die Sozialistische Alternative». Das *Programm* wandte sich gegen die Militarisierung von Staat und Gesellschaft und rief zum Kampf gegen den Atomtod und zur Verteidigung des Weltfriedens auf. Für *Hessen* hatte die Partei eine vierköpfige Landesliste aufgestellt. Sie erreichte bei der Wahl am 25. Januar 1987 in *Hessen* 1 120 und bundesweit 13 422 Zweitstimmen.

In *Hessen* verfügt die *MLPD* weiterhin über etwa 100 Mitglieder in sechs Ortsgruppen. In drei hessischen Betrieben erschienen unregelmäßig Betriebszeitungen der *MLPD*.

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die Kommunistische Partei Deutschlands

(*Marxisten-Leninisten*) (*KPD*) und die trotzkistisch orientierte *Gruppe Internationale Marxisten (GIM)* veranstalteten nach fast zweijährigen Gesprächen über eine Fusion am 4./5. Oktober in Dortmund ihren *Vereinigungskongreß*. Die über 100 Delegierten gaben ihrer neuen Organisation den Namen *Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)* und billigten die bisher erarbeiteten Parteidokumente (*Programm, Statut und Selbstverständnis der VSP*).

Die neue Gruppierung versteht sich als eine «kleine sozialistische, revolutionäre Partei» mit der Hauptaufgabe, die «Arbeitervorhut für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft» zu gewinnen. Sie tritt nach ihren Grundsatzdokumenten für den Sturz des Kapitalismus ein und will eine «sozialistische Gesellschaft» aufbauen. Erst die «klassenlose kommunistische Gesellschaft» sei die Epoche der Menschheit, in der alle Menschen frei von jedem Zwang leben könnten.

Die *VSP* erhofft sich einen Mitgliederbestand von 600 Personen und will 1987 mit der Gründung von Zellen, Ortsgruppen und Landesverbänden beginnen. Bis zum Ende des Jahres waren die Führungsgremien der Partei (Zentralkomitee, Politisches Büro und Zentrale Schiedskommission) gebildet. Sitz der Organisation ist Köln. Als Presseorgan erscheint 14tägig in Frankfurt am Main die *Sozialistische Zeitung (SOZ)*. Bereits am 20./21. September hatten sich in Wissen (Westerwald) die ehemaligen Jugendorganisationen beider Gruppierungen, die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KPD-beeinflußt)* und die *Revolutionär-Sozialistische Jugend — Roter Maulwurf (GIM-beeinflußt)*, zu der revolutionär-sozialistischen *Autonomen Sozialistischen Jugend (ASJG)* zusammengeschlossen. Als Verbandsorgan gibt die Jugendorganisation die Schrift *radikal!* heraus. Die Gruppe lehnt eine enge Zusammenarbeit mit der *VSP* ab.

Mit der Neugründung der VSP lösten sich die KPD-Nebenorganisationen *Kommunistische Studenten* und *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition* auf. Die KPD-nahe Organisation *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront)* mit bundesweit etwa 500 Mitgliedern und die ehemalige Rechts- und Hafthilfeorganisation *Rote Hilfe Deutschlands e. V. (RH)* der KPD wollen jedoch als eigenständige Organisationen weiterarbeiten. Abspaltergruppen von KPD und GIM, die der Fusion ablehnend gegenüber standen, beabsichtigen entweder eigenständig politisch weiterzuarbeiten oder sich ideologisch gleichgearteten Gruppen anzuschließen.

Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen

Der *Kommunistische Bund (KB)*, 1971 gegründet, hat seinen Sitz in Hamburg. Er versteht sich als revolutionäre Organisation und bekennt sich zum Marxismus-Leninismus. Bundesweit hat er etwa 400 Mitglieder. Als Zentralorgan gibt der KB die Monatsschrift *Arbeiterkampf* mit einer Auflage von 4 800 Exemplaren heraus. Er verfügt in *Hessen* nur über wenige Mitglieder.

Der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)*, der sich 1980 vom damaligen *Kommunistischen Bund Westdeutschland* abspaltete, will durch die «Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates» die «*proletarische Diktatur*» errichten. Seine etwa 400 Mitglieder sind bundesweit in acht Landesverbänden, u. a. auch *Hessen*, organisiert. Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Köln. Seine zentralen Schriften, *Politische Berichte* und *Nachrichtenhefte*, erscheinen 14tägig in einer Auflagenhöhe von etwa 1 000 Exemplaren. In Frankfurt am Main wurden in unregelmäßigen Abständen die von ihm herausgegebenen *Lokalberichte*

Frankfurt am Main verteilt. Auch der *BWK* hat in *Hessen* nur noch wenige Mitglieder.

Die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, deren Anhänger Ende 1985 aus der KPD — *Marxisten-Leninisten* wegen des Fusionsvorhabens mit der GIM ausgetreten waren, «kämpft weiter für die sozialistische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland». Die Organisation besteht aus etwa 50 Personen. Die Parteizentrale, die bis September in Frankfurt am Main war, befindet sich nunmehr in Stuttgart. Das Parteizentralorgan *Roter Morgen* hat eine Auflage von 400 Exemplaren. In *Hessen* unterhält diese Gruppe noch vier Zellen mit etwa 20 Mitgliedern. Eine weitere oppositionelle KPD-Abspaltergruppe hat ihren Sitz in Berlin.

Der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)*, marxistisch-leninistisch orientiert, hat seinen Sitz in München. Er hat bundesweit etwa 300 Mitglieder, die in sogenannten Stützpunkten in sechs Bundesländern, auch in *Hessen*, organisiert sind. Zentralorgan des AB ist die *Kommunistische Arbeiterzeitung*. Am 12. und 13. Juli veranstaltete die vom AB beeinflusste *Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend* Demonstrationen für die «Aufhebung des FDJ-Verbots», an denen in Frankfurt am Main etwa 65 und in München rund 100 Personen teilnahmen. Die *FDJ-Westdeutschland* war 1951 vereinsrechtlich verboten worden.

Die *trotzkistischen* Gruppen sind eine Vielzahl oft kleinerer Zusammenschlüsse mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Sie wollen den Kapitalismus abschaffen und in Form von *Rätesystemen* die *Diktatur des Proletariats* aufbauen. Der Bewegung dürften bundesweit nur noch zwischen 400 und 500 Personen angehören, nachdem sich ihre größte Organisation, die GIM, mit der KPD zusam-

mengeschlossen hat. In *Hessen* traten lediglich noch der *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)*, Sitz Essen, mit der Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendbund (SJB)*, die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)*, Sitz Frankfurt am Main, sowie die *Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)*, Sitz Hannover, in Erscheinung. Sie haben hier kaum mehr als 50 Anhänger.

Autonome und anarchistische Gruppen

Die *autonomen* Gruppen waren innerhalb der *extremen Neuen Linken* bestimmend. Sie traten insbesondere bei Protestaktionen als lockere, kurzlebige Kleingruppen auf und zeigten auch durch militantes Verhalten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Staat. Langfristig streben sie die «Zerschlagung des imperialistischen Systems» an. Organisationsformen und Befehlsstrukturen werden abgelehnt und als ihre Stärke die «Unberechenbarkeit», als ihr bester Schutz «die Nacht» sowie als ihre besten Waffen «Phantasie und Verstand» bezeichnet. In ihrem Kampf gegen die «staatliche Repression ... sind Löcher im Bauzaun so wichtig wie Flugblätter, Infostände so nötig wie das Abbrennen von Baumaschinen, Besetzungen von Strommasten haben ihren Platz wie die Fällung derselben». Die *Autonomen* beteiligten sich auch an Großdemonstrationen, da ein «gewaltiger schwarzer block in einer gewaltigen bunten menschenmasse» größte Überzeugungskraft habe. Darüber hinaus komme es dabei zum «konspirativ-öffentlichen austausch zwischen sympathisanten und aktivisten». Die «militanten *AUTONOMEN*» sehen die «*PROTESTIERER* auf demos nicht nur als publikum und assistenten, sondern als strategischen kampfaktor gegen die polizeiübergrieffe». Nur die «massenhafte masse» halte die «terrormaschine des staates auf distanz». *Autonome* Taktik beinhalte «*sabotage, blockade, indirekte aktion*».

Die Bemühungen, überregionale oder bundesweite regelmäßige Diskussionsforen oder Entscheidungsinstanzen einzurichten, sind bisher gescheitert. Trotzdem erachten es die *Autonomen* weiterhin für erforderlich, Konzeptionen im Aktions- und Organisationsbereich zu erarbeiten. Auch «in der Frage des Umgangs mit der *RAF*, den politischen Gefangenen, des Konzepts der antiimperialistischen *Guerilla*», sei die fällige Debatte einzuleiten.

Innerhalb der Gruppierungen, die sich zum *Anarchismus* bekennen, waren weiterhin *anarcho-syndikalistische* Zusammenschlüsse und die *Graswurzelbewegung* von Bedeutung. Die Anhänger des *Anarcho-Syndikalismus* lehnen den *Parlamentarismus* sowie *zentralistisch* aufgebaute Parteien und Organisationen ab und streben die «herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft» an. Sie *propagieren* die *Selbstorganisation* der Arbeitenden in *autonomen* unabhängigen Gruppen, die miteinander auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene *zusammengeschlossen* sind. Ihre Prinzipien sind «*Anti-Staatlichkeit, Anti-Militarismus, Föderalismus, direkte Demokratie (Selbstbestimmung), direkte Aktion*». Zahlenmäßig größte Vertreterin dieser politischen Strömung war die *Freie Arbeiter Union (FAU)* mit 150 bis 200 Mitgliedern in über 20 Ortsgruppen. Sie ist bundesweit in die Regionen *Nord, West* und *Süd* gegliedert und arbeitet in der *anarcho-syndikalistischen* «*Internationalen Arbeiter-Assoziation*» (*IAA*) mit. Als zentrales Organ erscheint monatlich die Schrift *direkte aktion*. In *Hessen* hat die *FAU* etwa 50 Mitglieder. Ortsgruppen oder Kontaktstellen bestehen in sechs hessischen Städten. In *Frankfurt am Main* unterhält sie das *Libertäre Zentrum* als Treffpunkt für Veranstaltungen aller Art. Als Gefangenenunterstützungsgruppe ist der *FAU* in *Frankfurt am Main* die *Schwarze Hilfe* angegliedert.

Die *Graswurzelbewegung* ist die mitgliederstärkste *anarchistische* Gruppierung. Ihre Sprecherin ist die *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA)*. Politisches Ziel der *Bewegung* ist es, über eine «gewaltlose, soziale Revolution» den Staatsapparat abzuschaffen und eine «gewalt- und herrschaftslose Gesellschaft» aufzubauen. Sie betrachtet die «gewaltfreie Aktion» als wesentlichen Bestandteil ihres Kampfes zur Herbeiführung der von ihr angestrebten Revolution. Unter «*Gewaltfreiheit*» versteht sie u. a. «die Ablehnung staatlicher Gewaltorgane und die Durchbrechung von Legalitätsnormen» bis hin zu Sabotageakten. Die *FÖGA* vertritt und koordiniert etwa 80 Gruppen mit insgesamt 800 Anhängern, darunter über 100 Personen, die der *Föderation* unmittelbar, d. h. als Einzelmitglied angehören. Bundesweit verfügt die Organisation über zahlreiche Anlauf- und Kontaktstellen und gibt die monatliche Schrift *Graswurzelrevolution — Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft* mit einer Auflage von jeweils 4 000 Exemplaren heraus. Der Sitz der *Bewegung* befindet sich in Göttingen.

Dem *autonomen* und *anarchistischen* Spektrum sind in *Hessen* etwa 1 400 Personen zuzurechnen, die je nach Aktionsanlaß in der Lage sind, einen weiteren Personenkreis von 1 500 zu mobilisieren. Das *gewaltbereite Potential* liegt unverändert bei 300 bis 500 Personen. Schwerpunkte der Tätigkeit dieser Gruppen waren erneut Protestaktionen gegen den Bau und Betrieb von Anlagen zur Nutzung der Kernenergie (Wackersdorf, Brokdorf, Hanau, Biblis), die Aufstellung neuer Atomraketen, das amerikanische *SDI-Programm* und für einen Atomteststopp (Hunsrück), gegen die amerikanischen Militärfaktionen in Libyen und die Räumung besetzter Häuser (Hamburg, Köln, Bochum).

In *Hessen* richteten sich Gewaltaktionen

gegen Kernkrafteinrichtungen und Hochspannungsmasten sowie Baufirmen, die am Bau der *Startbahn 18 West* beteiligt waren. Auch Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn waren Angriffsziele. Die Schadenshöhe betrug mehrere Millionen DM. In Selbstbeziehungsschreiben nannten sich die unbekanntenen Täter u. a. «*Arbeitskreis zur Abschaltung der herrschenden Klasse*», «*Revolutionäre Heimwerker*», «*Vereinigte Sägewerke GmbH*», «*Kommando Säg weg den Scheiß*», «*Autonome Feuerwerker*» oder «*Kämpfende Kollektive*».

So sägten «*Revolutionäre Heimwerker*» am 20. Juni im Bereich der *Startbahn 18 West* einen Strommast an und kippten diesen um. In ihrem Selbstbeziehungsschreiben erklärten sie zu der Tat:

«Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand vorort von Wackersdorf, Brokdorf, Gorleben, Startbahn West... Statt zentraler Demonstrationen dezentrale direkte Aktionen überall. Weitersägen an allen Säulen des Systems. Auf bald...»

Der Protest gegen die *Startbahn 18 West* des Rhein-Main-Flughafens setzte sich fort. Während der regelmäßig durchgeführten «*Sonntagsspaziergänge*» kam es wiederholt zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Polizei, wobei die extremen Startbahngegner oft in Kleingruppentaktik vorgingen, insbesondere am zweiten Jahrestag der Startbahneröffnung (13. April), dem fünften Jahrestag der Hüttendorf-Räumung (2. November) und zum 250. «*Sonntagsspaziergang*» (16. November). Polizeibeamte wurden mit Molotow-Cocktails, Leuchtsprengmunition, Steinen, Zwillen und Knüppeln angegriffen und dabei nicht selten verletzt. Am 29. Mai steckten Startbahngegner einen auf einem Fluggaststeig befindlichen Beobachtungsstand in Brand

und verübten am 30. August einen Brandanschlag auf einen Schaufelbagger.

Die Reaktorkatastrophe in *Tschernobyl* (26. April) nahmen Gruppen der *extremen Neuen Linken* zum Anlaß, den «*Klassenkampfcharakter*» der Atomtechnologie herauszustellen. *Autonome* Gruppen riefen zum Kampf gegen die Herrschenden und gegen das System auf. Sie beteiligten sich u. a. an Demonstrationen in verschiedenen hessischen Städten (Frankfurt am Main, Darmstadt, Fulda, Wiesbaden, Biblis). Im Zusammenhang mit den Anti-Kernkraft-Aktionen ereigneten sich wiederholt zahlreiche Schmieraktionen und Sachbeschädigungen. Auch Strommasten wurden umgestürzt.

An einer Großdemonstration gegen die Hanauer Nuklearbetriebe und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen am 8. November in Hanau beteiligten sich etwa 12 000 Personen. Unter ihnen befand sich ein *gewaltbereites Potential* von ungefähr 2 000 Menschen. Diese verübten während und nach der Demonstration erhebliche Sachbeschädigungen. 15 Personen wurden festgenommen.

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

Linksextreme Gruppen erlangten in den *Studentenparlamenten* der hessischen Universitäten in Frankfurt am Main, Gießen, Marburg, Darmstadt und Kassel 13 der 157 zu vergebenden Sitze. Es sind jetzt nur noch Gruppierungen der *orthodoxen Linken* in allen Studentenparlamenten vertreten. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie in Marburg. Dort sind der *MSB Spartakus* mit sechs und der *Sozialistische Hochschulbund* mit drei Sitzen (1985 noch mit insgesamt elf Sitzen) vertreten.

Zu den politisch aktivsten Hochschulor-

ganisationen im Bereich der *extremen Neuen Linken* zählte weiterhin die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)*, die sich an den Hochschulwahlen jedoch nicht beteiligte. Sie ist eine Kaderorganisation mit strenger Disziplin. Ihre Mitglieder haben sich einer intensiven Schulung zu unterwerfen. Das Verbandsleben wird streng abgeschirmt. Obwohl die Organisation programmatische Grundsatzdokumente nicht kennt, diffamiert sie in ihren Schriften den Staat und will diesen durch eine sozialistische Revolution abschaffen. Der organisatorische Schwerpunkt der *MG* liegt in Bayern. Ihre bundesweit 1 700 Mitglieder und mehrere tausend in sogenannten *Sympathisantenplenen* integrierten Anhänger kommen überwiegend aus studentischen Bereichen oder sind Angehörige akademischer Berufe. Die zentralen Publikationen, die in hoher Auflage verlegt und verbreitet werden, sind die Monatsschrift *Marxistische Streit- und Zeitschrift — Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ)*, die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* mit örtlichen Betriebs- und Branchenausgaben, die *Marxistische Hochschulzeitung* sowie die *Marxistische Schulzeitung*.

In *Hessen* trat die *MG* in Marburg, Frankfurt am Main, Darmstadt, Wiesbaden und Rüsselsheim durch Veranstaltungen, Info-Stände und Verteilung ihres Publikationsmaterials in Erscheinung. In Frankfurt am Main und Marburg unterhält sie eigene Druck- und Vertriebsstellen. An ihren etwa 60 öffentlichen Veranstaltungen nahmen durchschnittlich über 200, an Einzelveranstaltungen mit aktuellem tagepolitischen Bezug bis zu 600 Personen teil. Zu ihrem 15jährigen Jubiläum am 16. Juni in Frankfurt am Main waren etwa 350 Mitglieder und Anhänger aus *Hessen* erschienen. Eigene Demonstrationen führte die *MG* nicht durch, da sie nach ihrer Ansicht zur Durchsetzung politischer Ziele ungeeignet seien.

Linksextremer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die aus etwa 15 Personen bestehende *Kerngruppe* der terroristischen Vereinigung *Rote Armee Fraktion (RAF)*, die sogenannte *Kommandoebene*, setzte ihre Reihe von Mordanschlägen fort:

Am 9. Juli verübten Mitglieder der *RAF* auf das Vorstandsmitglied des Industrieunternehmens Siemens, Prof. Dr. Karl-Heinz *Beckurts*, und dessen Fahrer, Eckhard *Groppler*, in Straßlach bei München einen Sprengstoffanschlag, bei dem beide getötet wurden. Der Tat bezichtigte sich ein «Kommando *Mara Cagol*». *Mara Cagol* war als Angehörige der italienischen Untergrundorganisation *Brigate rosse* 1975 bei einem Schußwechsel mit der Polizei ums Leben gekommen. Die *RAF* stellte die Tat von Straßlach als Fortsetzung ihrer «Offensive gegen das imperialistische Gesamtsystem» dar, die am 18. Dezember 1984 mit einem versuchten Sprengstoffanschlag auf die *NATO*-Schule in Oberammergau begonnen hatte. In der Selbstbezeichnung zu dem Mord gab sie für die Auswahl des Opfers die Begründung:

«*beckurts* repräsentiert präzise den kurs des internationalen kapitals in der aktuellen phase der politischen, ökonomischen und militärischen strategie des imperialistischen gesamtsystems und treibt ihn voran.»

Außerdem griff die *RAF* die internationalen Projekte *SDI* und *Eureka* sowie die angeblich militärische Nutzung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf an. Auch die Problemfelder Arbeitslosigkeit und Streikrecht wurden genannt. Sie versuchte damit, die von ihr angestrebte «Einheit im Kampf für die Weltrevolution» im Rahmen ihres «antimperialistischen Frontkonzeptes» durch das Einbeziehen

auch sozialer Probleme zu erreichen und so einen Solidarisierungseffekt zu erzielen.

Unbekannte Täter aus der *RAF* erschossen am 10. Oktober den Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Gerold von *Braunmühl*, vor seiner Wohnung in Bonn-Ippendorf. Mit einer der beiden Tatwaffen war am 18. Oktober 1977 der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin *Schleyer* ermordet worden. In der Nähe des Tatortes wurde ein Selbstbezeichnungsschreiben des «Kommandos *Ingrid Schubert*» gefunden. *Ingrid Schubert*, ein ehemaliges *RAF*-Mitglied, hatte sich 1977 nach der Befreiung der Geiseln aus der entführten Lufthansa-Maschine «*Landshut*» in *Mogadischu* in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim das Leben genommen.

Von *Braunmühl* wird in dem *RAF-Papier* als «eine der zentralen figuren in der formierung westeuropäischer politik im imperialistischen gesamtsystem» bezeichnet. Als Vertreter der Bundesregierung im politischen Komitee der *Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)* habe er Anteil an der gemeinsamen Formulierung einer europäischen Sicherheitspolitik gehabt. Darüber hinaus betreibe das Komitee, arbeitsteilig mit den USA, einen «europäisch-arabischen Dialog» mit den reaktionären arabischen Staaten. All dies sei gegen den «internationalen revolutionären Kampf» gerichtet.

Am 2. August konnten in Rüsselsheim aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung die mutmaßliche Terroristin Eva Sybille Haule-Frimpong sowie zwei Personen, die dem Umfeld der *RAF* zuzurechnen sind, festgenommen werden. Die Festgenommenen führten mehrere deutsche und ausländische Personaldokumente mit verschiedenen Personalien, eine Pistole, mehrere geladene Magazine sowie Schriften aus dem Bereich der *RAF*

und der französischen Terrorgruppe *action directe* mit sich. Bei ihnen wurde die handgefertigte Skizze eines Objekts aufgefunden, das möglicherweise für einen geplanten Anschlag der RAF oder ihres militanten Umfelds ausgespäht worden war. Die Festnahmen und die Asservate belegen die enge Zusammenarbeit der *Kommandoebene* mit dem *RAF-Umfeld* bei der Vorbereitung von Anschlägen.

Mehrere Mitglieder und Unterstützer der RAF wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt:

- Vom Oberlandesgericht München Barbara Ernst und Volker-Ernst Staub wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung RAF und anderen Delikten zu einer Freiheitsstrafe von je vier Jahren.
- Vom Oberlandesgericht Stuttgart Manuela Happe wegen zweifachen Mordversuches an Polizeibeamten, Mitgliedschaft in der RAF u. a. zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren und Ingrid Jakobsmeier sowie Christa Eckes u. a. wegen Mitgliedschaft in der RAF zu einer Freiheitsstrafe von neun bzw. acht Jahren. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.
- Vom Oberlandesgericht Düsseldorf der in Frankfurt am Main festgenommene Helmut Pohl wegen 17fachen versuchten Mordes (Anschlag auf das Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein 1981), Mitgliedschaft in der RAF u. a. zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe und Stefan Frey wegen Mitgliedschaft in der RAF u. a. zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Sprengstoffanschläge verübten auch *Militante der RAF*. Es handelt sich dabei um Personen, die neben der *«Kommando-*

ebene» auf einer *«zweiten Ebene»* zur Begehung schwerer Straftaten bereit sind. Ihre Angriffsziele waren in erster Linie Objekte und Institutionen; eine Gefährdung von Menschenleben wurde aber in Kauf genommen. Die Anschläge richteten sich insbesondere gegen Firmen, die dem sogenannten *«militärisch-industriellen Komplex»* zugerechnet werden, Sicherheitsbehörden und Einrichtungen der Entwicklungshilfe. Auch in den Selbstbezeichnungen zu diesen Anschlägen wurde dazu aufgerufen, *«die revolutionäre Front in Westeuropa zu organisieren»*.

Weiter sorgten *Militante der RAF* zusammen mit dem *RAF-Umfeld* für die Verbreitung der *RAF-Untergrundchrift «Zusammen kämpfen»*, in der neben *«Interviews»*, teilweise auch mit Mitgliedern der *Kommandoebene*, die Selbstbezeichnungen der RAF und anderer Terrororganisationen veröffentlicht wurden. Auf diesem Wege sollen Strategie und Ziele der RAF verbreitet werden.

Das bundesweit etwa 200 Personen umfassende engere *RAF-Umfeld* hielt weiterhin zusammen mit Angehörigen den Kontakt zu den Inhaftierten von *«RAF und Widerstand»*. Sie forderten vor allem die Zusammenlegung der Gefangenen. Unbekannte Täter aus diesem Bereich begingen zahlreiche Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Schmierereien und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Vom 31. Januar bis 4. Februar fand in der Fachhochschule in Frankfurt am Main ein vom engeren *RAF-Umfeld* veranstalteter *«Kongreß Ant imperialistischer und anti kapitalistischer Widerstand in Westeuropa»* statt. Die von der Fachhochschule ausgesprochene Kündigung der Räume und ein von dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main verfürgtes Versammlungsverbot wurden von den Ver-

waltungsgerichten jeweils aufgehoben. Ziel des Treffens war die Zusammenfassung aller «antiimperialistischen Kräfte» zu einer «*Antiimperialistischen Front in Westeuropa*». Diese sollte durch die Entwicklung und Verbreiterung der «*Front*» verwirklicht werden. Die Veranstalter planten den Kongreß als flankierende «politische» Maßnahme neben den terroristischen Aktionen. Etwa ein Drittel der 1 000 in- und ausländischen Teilnehmer des Kongresses gehörte zu den *Antiimperialisten*, d. h. Anhängern der *RAF*; die übrigen zählten zum *autonomen* Teil des «*militanten Widerstandes*», darunter extreme Startbahngegner und Kernkraftgegner. Die Veranstalter konnten ihr Ziel, eine «*westeuropäische Front*» zu errichten, nicht erreichen. Die vorhandenen Gegensätze wurden weder ausgeräumt noch gemildert.

Kritik an der *RAF* und den Veranstaltern übten insbesondere *Autonome*. Sie warfen ihnen menschenverachtende Methoden und falsche Einschätzung der politischen Situation vor. Die Ermordung des US-Soldaten *Pimental* war ein Anlaß heftiger Auseinandersetzungen. Damit seien Gemeinsamkeiten im Ansatz erstickt worden. Die Kritik an organisatorischen Maßnahmen der Veranstalter zeigte ebenfalls die Gegensätze auf.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die *Revolutionären Zellen* und ihre *Frauentruppe «Rote Zora»* begingen im Berichtszeitraum zahlreiche Anschläge. Regionale Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen und der norddeutsche Raum; *Hessen* war nicht betroffen. Die Anschläge richteten sich überwiegend gegen Einrichtungen, die mit der «imperialistischen Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland» in Verbindung gebracht wurden, und Firmen, die sich mit Genforschung befassen.

Am 28. Oktober verletzten unbekannte Täter den Leiter der Berliner Ausländerbehörde durch gezielte Schüsse in die Beine. In der Selbstbezeichnung begründete eine *Revolutionäre Zelle* ihre Tat damit, daß der Verletzte als «*Menschenjäger und Schreibtischtäter*» für den «*täglichen Terror*» gegenüber Ausländern und Flüchtlingen in Form von Razzien, Abschiebungen und Verfolgung von Schwarzarbeit verantwortlich sei.

Im zeitlichen Zusammenhang mit den Anschlägen wurde die Flugschrift *Revolutionärer Zorn — Extra, Oktober '86* verbreitet, mit der bewußt an die ehemals als Sprachrohr der *Revolutionären Zellen* fungierende Untergrundschrift gleichen Namens angeknüpft wurde. Die Flugschrift faßt eine Reihe von *RZ*-Selbstbezeichnungen zu den Anschlägen zusammen, die sich mit der Ausländer- und Asylfrage auseinandersetzen.

Sonstige terroristische Aktionen

Unbekannte Täter verübten in Marburg zwei Sprengstoffanschläge gegen das Kreiswehersatzamt und die Filiale einer Großbank. Ein terroristischer Bezug ergibt sich aus den Selbstbezeichnungsschreiben, in denen zum «*weltweiten Befreiungskampf*» gegen das «*Kapital*» aufgerufen und andere Terrororganisationen, wie *Revolutionäre Zellen* und *action directe*, zitiert wurden. In Kassel waren verschiedene Kaufhäuser Ziel versuchter Brandanschläge, deren sich unbekannte Täter bezichtigten. In ihren Schreiben begründeten sie die Taten mit dem «*imperialistischen Angriff auf Libyen* und dem drohenden Angriff auf Nicaragua».

Beurteilung

Die *DKP* mit ihren zahlreichen Nebenorganisationen und beeinflussten Gruppier-

rungen ist weiterhin die stärkste und aktivste linksextreme Kraft. Durch eine offensive «*Bündnispolitik*» und Mitgliederwerbung versuchte sie ihre politische Isolierung zu durchbrechen, was ihr jedoch nicht in dem erstrebten Umfang gelang. Sie konnte allerdings ihre Mitgliederzahl leicht erhöhen. Die Mitarbeit der *DKP*-Mitglieder in den außerparlamentarischen Bewegungen und die Werbung einer größeren Zahl neuer Mitglieder aus diesen Bündnissen im Rahmen des *Ernst Thälmann-Aufgebotes* führten jedoch dazu, daß zunehmend basisorientierte Anschauungen in die Partei hineingetragen wurden. Kritik- und Diskussionsbereitschaft stiegen und lähmten die politische Kampfkraft der Partei. Verstärkend wirkte hierbei der zum *Scheltern* verurteilte Versuch der Parteiführung, den Mitgliedern der *DKP* das Verhalten ihrer Partei zum Kernreaktorunfall in *Tschernobyl* zu begründen. Außerdem gelang es ihr nicht, ihre Taktik zur *Bundestagswahl* überzeugend zu vermitteln. Diese innerparteilichen Probleme werden die *DKP* noch einige Zeit beschäftigen.

Die Gruppen der *dogmatischen extremen Neuen Linken* blieben weiterhin bedeutungslos. Ihre politische Arbeit bestand im wesentlichen darin, den organisatorischen Stand zu halten. Lediglich der *MLPD* gelang es, ihre Organisation auszuweiten und den Mitgliederstand zu festigen.

Das *autonome* Spektrum zeigte seine ablehnende Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland durch erhebliche Militanz

bei Demonstrationen, durch Sabotageaktionen und sonstige Gewalttaten. Im *anarchistischen* Bereich bemühte sich die *FAU* durch Einrichtung weiterer *Libertärer Zentren* ihre Organisation zu vergrößern.

In den Hochschulgremien ging der Anteil der Linksextremisten weiter zurück. Der *DKP* nahestehende Gruppen sind zwar noch in allen Studentenparlamenten vertreten, verloren aber Stimmanteile und Sitze. Die *MG* betrieb weiterhin eine aufwendige Öffentlichkeitsarbeit. Dennoch setzte sich der in den letzten Jahren bei ihr festgestellte Aufwärtstrend nicht fort.

Die *RAF* und ihre Anhänger verübten weiterhin schwerste Gewalttaten in ihrem Kampf gegen das bestehende Gesellschaftssystem. Die *Kommandoebene* wurde hierbei insbesondere von den *Militanten der RAF* unterstützt. Dagegen fanden die Terroristen nur noch vereinzelt Zustimmung aus dem linksextremen Bereich. Vielfach wurde von dort öffentlich Kritik geübt. Der Versuch der *RAF*, verstärkt «*antiimperialistische Kräfte*», auch im Ausland, für ihren Kampf zu gewinnen, blieb ohne den von ihr erwarteten Erfolg. Dennoch ist nicht anzunehmen, daß sie von ihren Zielen und Methoden abläßt. Mit weiteren Anschlägen ist zu rechnen.

Terroristische Aktivitäten und militante Angriffe aus dem linksextremen Spektrum werden auch in Zukunft die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird dadurch jedoch ebensowenig ernsthaft bedroht wie durch andere linksextreme Bestrebungen.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Ende 1986 waren im Bundesgebiet rund 4,5 Millionen, in Hessen 528 375 Ausländer behördlich erfaßt. Davon gehörten nur 116 940 (Hessen 8 000) Personen extremen politischen Gruppierungen an. Der weitaus größte Teil der hier lebenden Ausländer respektierte die deutschen Gesetze. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen waren nur bei wenigen Zusammenschlüssen zu beobachten.

Araber

Die unklaren Machtverhältnisse zwischen den Staaten im Nahen und Mittleren Osten, die Auseinandersetzungen zwischen teils politisch, teils religiös geprägten milizartigen Gruppierungen im östlichen Mittelmeerraum und die Neuorientierung der palästinensischen Kräfte, insbesondere der von Arafat vertretenen *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)*, zeigten Auswirkungen auch in Westeuropa. In Frankreich kam es zu einer Serie von Sprengstoffanschlägen vor Kaufhäusern und auf öffentlichen Plätzen, bei denen 13 Menschen getötet und mindestens 250 zum Teil schwer verletzt wurden. Die Urheberschaft wird der *Fraction Armée Revolutionnaire Libanaise (FARL)* zugeschrieben, die auf diese Weise ihren in Frankreich wegen Mordverdacht inhaftierten Anführer *George Ibrahim Abdallah* sowie zwei weitere «Freiheitskämpfer» freipressen wollte. Der von arabischen Gruppierungen ausgehende Terrorismus erreichte ebenfalls Italien, Griechenland und die Türkei, wo bei Anschlägen 40 Menschen den Tod fanden.

Das Bundesgebiet blieb von derartigen Terrorakten verschont. Allerdings war

Westberlin zweimal der Ort von Sprengstoffverbrechen. Am 29. März explodierte ein Sprengsatz im Büro der *Deutsch-Arabischen-Gesellschaft Berlin e. V. (DAG)* in Westberlin. Mehrere Personen wurden verletzt, der Sachschaden war beträchtlich. Zwei jordanische Staatsangehörige gestanden die Tat. Sie erklärten, den für den Anschlag verwendeten Sprengstoff von der syrischen Botschaft in Ostberlin erhalten zu haben. Das Attentat sei zusammen mit dem am 18. April in London festgenommenen Bruder eines der Täter geplant worden. Dieser Bruder wurde im Oktober in London zu 45 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, weil er einen Sprengstoffanschlag auf ein mit 400 Personen besetztes Großraumflugzeug versucht hatte. Das Schwurgericht sah die Verstrickung des syrischen Staates in die Anschlagsvorbereitungen als gegeben an. Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab. Das Landgericht Berlin verurteilte im November die Jordanier zu 14 und 13 Jahren Freiheitsstrafe.

Nach den Terroranschlägen auf die Flughäfen von Wien und Rom am 27. Dezember 1985 (19 Tote, 110 Verletzte) erhöhten sich die zwischen Libyen und den USA bestehenden Spannungen. Möglicherweise als Folge davon verübten bis jetzt Unbekannte am 5. April in Westberlin einen Sprengstoffanschlag auf die häufig von Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte besuchte Diskothek *La Belle*. Von den zur Zeit der Detonation anwesenden 500 Gästen wurden drei getötet und über 200 verletzt. Bei den Ermittlungen ergaben sich Anhaltspunkte für den Verdacht, daß libysche Stellen in die Tat verwickelt sein könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten reagierte im April mit einem Luftangriff auf die libyschen Städte Tripolis und Benghazi. Der Vergeltungsschlag setzte eine weltweite Diskussion in Gang, die sich in zahlreichen Demonstrationen und Solidaritätsbekundun-

gen für Libyen niederschlug. Die Bundesregierung veranlaßte eine Reduzierung der Mitarbeiter des libyschen Volksbüros (Botschaft) in Bonn.

Die Position der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* ist auf arabischer und internationaler Ebene schwächer geworden. Am 19. Februar verkündete der jordanische König Hussein das «einstweilige Scheitern» des am 11. Februar 1985 mit der PLO-Führung geschlossenen *Amman-Abkommens*. Der Vertrag war ständiger Diskussionspunkt auch zwischen den im Bundesgebiet ansässigen Mitgliedern der größten Palästinenserorganisation *Al Fatah* und denen der moskauorientierten *Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)*.

Unter den arafattreuen Palästinensern breitet sich angesichts des Scheiterns der politischen Initiativen des PLO-Chefs zunehmend Resignation aus. Die fortdauernde Spaltung der PLO, das Ausbleiben von Direktiven der Führung und deren ständige Kritik an der überwiegend im *Palästinensischen Arbeiterverband in der Bundesrepublik und Westberlin (PAV)* organisierten Basis führten dort zu einer permanenten Orientierungslosigkeit.

Dauerhafte konkrete Verbindungen zwischen palästinensischen und deutschen extremen Gruppierungen sind nicht bekanntgeworden. Allerdings beginnt das engere Umfeld der terroristischen Vereinigung *Rote Armee Fraktion (RAF)* nach längerer Pause wieder Interesse an der *Palästina-Thematik* zu gewinnen. So heißt es in einem Flugblatt zu einer *Palästina-Solidaritätsveranstaltung* am 13. Dezember in Frankfurt am Main: «Alle revolutionären und progressiven Kräfte sind aufgefordert, aktiv den palästinensischen Widerstand zu unterstützen und sich konsequent mit ihrem Kampf zu solidarisieren.»

Türken

Anzahl und Mitgliederstärken extremer türkischer Gruppierungen im Bundesgebiet zeigten im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen. Die Zahl der Anhänger liegt bei schätzungsweise 44 260 (*Hessen* etwa 3 300).

Schwerpunkte der Agitation türkischer Linksextremisten mit bundesweit etwa 15 260 Anhängern (*Hessen* etwa 1 500) waren Forderungen nach Veränderungen der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Heimatland, Zerschlagung der «imperialistischen Weltordnung» sowie der «Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit» und die Ausländerpolitik der Bundesregierung. Die streng nationalistisch ausgerichtete *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* und die extremen islamischen Gruppen waren öffentlich wenig aktiv. Ihre Anhängerschaft in der Bundesrepublik wird auf 29 000, in *Hessen* auf 1 800 Personen geschätzt.

Die in der Türkei verbotene orthodoxe *Kommunistische Partei der Türkei (TKP)* veröffentlichte in der Bundesrepublik unter dem Titel «Für Frieden und nationale Demokratie» ein mehrseitiges «Aktionsprogramm» in türkischer Sprache. In ihm bezeichnete sie als wichtigste Aufgabe die Sicherung des Friedens, der durch die «Aggressionen» der USA und der NATO, die die «Hauptfeinde» des türkischen Volkes darstellten, bedroht werde. Ziel der TKP ist die «demokratische Volksrevolution» in der Türkei. Dem derzeitigen «volksfeindlichen» politischen System wirft die TKP «grausame Menschenrechtsverletzungen» vor. Sie behauptet, die geltende Verfassung leite von einer «offenen Militärdiktatur zu einem militärischen Polizeistaat» über. Falls es zu einem Sturz des «reaktionären Militärregimes» komme, werde die Partei radikale

Änderungen der türkischen Außenpolitik vornehmen, das «Atomwaffenprogramm» der NATO ablehnen, sämtliche Militärbasen der USA und der NATO in der Türkei entfernen, alle inhaftierten «Antifaschisten» amnestieren, die türkische Verfassung aufheben und die PLO als einzige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennen.

Die aktivsten Gruppen der *extremen türkischen Neuen Linken* in der Bundesrepublik waren die gewaltorientierte *Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)* und die von ihr gesteuerte *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)*, von der sich 1981 wegen ideologischer Differenzen die Gruppe *Bofsevik Partizan* abspaltete.

Die *TKP/M-L* verurteilte in deutschsprachigen Flugschriften den «barbarischen» Luftangriff der USA auf Libyen. Die Vereinigten Staaten verstärkten gemeinsam mit den «westlichen Imperialisten» unter dem Vorwand der «Terrorismusbekämpfung . . . Unterdrückung und Terror gegen die revolutionären Bewegungen». Der Vorgang mache deutlich, daß die Zeit zur «Zerschlagung des imperialistischen Systems» reif sei und ein «imperialistischer Krieg nur durch Revolution» verhindert werden könne.

Angehörige der *TKP/M-L* verübten am 9. August einen Brandanschlag auf das türkische Generalkonsulat in Stuttgart, um auf den Tod von Mitgliedern ihrer Partei aufmerksam zu machen, die bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften in der Türkei ums Leben gekommen waren. In diesem Zusammenhang gingen bundesweit zahlreiche Bombendrohungen zum Nachteil türkischer diplomatischer Vertretungen ein. In Dreieich-Sprendlingen wurde am 15. August im Eingangsbereich eines Verlages, in dem eine türkische Tageszeitung ge-

druckt wird, eine Bombenattrappe sowie ein Transparent mit der Aufschrift «Wir werden euch rächen — *TKP/M-L/TIKKO*» aufgefunden. Unter der Bezeichnung «*TIKKO*» werden bewaffnete Anhänger der *TKP/M-L* in der Türkei tätig. Eine weitere Bombenattrappe wurde aufgrund eines anonymen Anrufes am 25. November vor einem Büro der *Turkish Airlines* in Frankfurt am Main entdeckt. Sie enthielt Schriften, in denen wie in Stuttgart die «Ermordung von Anhängern der *TKP/M-L-Frontorganisation TIKKO im Heimatland*» behauptet wurde.

Seit Oktober sammelt die *TKP/M-L* unter dem Motto «Unterstützt die Revolution, stärkt die Partei und die Armee» bei ihren Anhängern im Bundesgebiet Geld- und Sachspenden. Sie erklärte, früher gesammelte Gelder seien u. a. zur Beschaffung von «Munition für die Gewehre der Partisanen» verwendet worden.

Die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* unterstellte in einer Erklärung zum 1. Mai den «imperialistischen Bestien Kriegsvorbereitungen»; Rassismus und Ausländerfeindlichkeit seien offizielle Staatspolitik, Asylsuchende, revolutionäre Organisationen und Personen würden unterdrückt, und man versuche, die ausländischen Arbeiter vom gesellschaftlichen Leben auszuschließen. Außerdem beschuldigte die Gruppierung den «westdeutschen Imperialismus», er bereite in «revanchistischer Weise den III. Weltkrieg» vor. «Der einzige Weg, das imperialistische System und die aus ihm resultierenden Kriege zu beseitigen», so die *ATIF*, «ist die Revolution. Wir müssen die Gewehre in jedem einzelnen Land gegen die jeweiligen Bourgeoisien richten. Die einzig richtige Haltung ist, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln und zur Revolution zu führen».

In einer in London gedruckten deutsch-

sprachigen Veröffentlichung äußerte sich die von der ATIF abgespaltene *Boļevik Partizan (BP)* unter der Überschrift «Unversöhnlicher Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung» zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes. Die *Boļevik Partizan* wertete diese als Angriff des «imperialistischen Staates», den es zurückzuschlagen gelte. Auf die bürgerliche Gesetzgebung vertrauen, heiße, sich dem «eigenen Henker» auszuliefern. Sie forderte auf, für die «entscheidenden Schlachten zu rüsten», die «kapitalistisch-imperialistische Ordnung» und ihren Staatsapparat zu zerschlagen und die *Diktatur des Proletariats* herbeizuführen.

Aus Anlaß des 6. Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei (12. September 1980) demonstrierten sowohl türkische als auch kurdische Linksextremisten in verschiedenen Städten des Bundesgebietes. In Frankfurt am Main beteiligten sich am 13. September etwa 1 200 Personen an der von der ATIF organisierten Protestveranstaltung. Die Organisation hatte alle «Werk tätigen», «Fortschrittlichen» und «revolutionär gesinnten Menschen» aufgerufen, bei den Demonstrationen zur «Verurteilung des faschistischen Militärputsches» gemeinsam als «Revolutionäre Alternative zu marschieren und zu protestieren».

Der Besuch des Bundespräsidenten in der Türkei stieß besonders bei den Gruppen der *extremen türkischen Neuen Linken* auf heftige Kritik. In Flugblättern der *Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF)* hieß es, damit seien *Evren* und seine «Gefolgsgeneräle politisch rehabilitiert und international salonfähig» gemacht worden. Die *DIDF* rief alle Antifaschisten und Demokraten auf, sich an den Bundespräsidenten zu wenden, damit der Gegenbesuch des türkischen Staatspräsidenten nicht stattfinde.

Die extrem nationalistische *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)* blieb trotz erheblicher Führungsprobleme innerhalb des Verbandes mit etwa 10 000 Mitgliedern (*Hessen* etwa 800) die größte türkische Dachorganisation in Westeuropa. Sie vertrieb die in der Türkei erscheinende Wochenzeitung *Yeni Düşünce (Das neue Denken)*. Das für türkische Nationalisten in Europa bestimmte Blatt gilt als Sprachrohr der in der Türkei verbotenen und aufgelösten rechtsextremen *Partei der nationalen Bewegung (MHP)*. Es wird in Frankfurt am Main durch eine Beilage mit Nachrichten aus den Mitgliedsverbänden ergänzt und gedruckt. Die Zeitung enthielt auch Beiträge des ehemaligen *MHP*-Vorsitzenden *Türkes*; andere Autoren verherrlichten den türkischen Nationalismus und polemisierten gegen angebliche sowjetische Strömungen in der Türkei.

Etwa 1 300 *ADÜTDF*-Anhänger demonstrierten am 5. April in Köln. Sie forderten die italienischen Behörden auf, ihren ehemaligen Vorsitzenden *Musa Serdar Celebi* aus Italien ausreisen zu lassen. *Celebi* war im März in Rom vom Vorwurf, 1981 am Attentat auf *Papst Johannes Paul II.* beteiligt gewesen zu sein, freigesprochen worden. *Celebi* kehrte am 28. April nach *Hessen* zurück.

In der Bundesrepublik leben derzeit ungefähr 19 000 *türkische islamische Fundamentalisten (Hessen* etwa 1 000). Ihr Ziel ist die Abschaffung des Laizismus in der Türkei und die Errichtung eines theokratischen Staates nach dem Vorbild des Iran. In der Juli-Ausgabe seines Organs *Tebliğ (Die Verkündigung)* griff der als *extrem islamisch* einzustufende *Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln* die demokratischen Regierungssysteme als «Ordnung des Unglaubens» an.

Türkische Kurden

Die kurdischen Vereinigungen traten weiterhin und zum Teil militant für die Errichtung eines autonomen *Kurden-Staates* ein. Die türkischen Luftangriffe auf Kurdenhöfe im Norden Iraks wurden in diesem Zusammenhang propagandistisch ausgenutzt.

In der Bundesrepublik wie auch in Schweden galt die besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden der als terroristisch einzuordnenden orthodox-kommunistischen *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*, die im Bundesgebiet über etwa 650 Mitglieder und eine erheblich größere Anhängerschaft verfügt. Ihr vorrangiges Ziel ist ein sozialistisch geprägter *autonomer Kurdenstaat*. Sie machte wie im Vorjahr durch Gewaltakte und Protestaktionen auf sich aufmerksam.

Am 25. Februar wurde in Hamburg ein führendes Mitglied einer konkurrierenden türkischen Organisation erschossen. Die Sicherheitsbehörden vermuten, daß die *PKK* für die Tat verantwortlich ist.

Ein türkischer Kurde aus Frankfurt am Main, Mitglied der *PKK*, wurde am 15. August im Hamburger Hauptbahnhof festgenommen, als er einem Schließfach 1 150 g Sprengstoff, sieben Zünder, Zündschnur, eine Pistole mit Schalldämpfer sowie einen Lageplan des türkischen Generalkonsulates in Hamburg entnehmen wollte. Die *PKK* bestritt eine Beteiligung an dem vermeintlich geplanten Anschlag. Sie beschuldigte das türkische Generalkonsulat in Hamburg und den türkischen Nachrichtendienst *MIT*, ein Komplott gegen die *PKK* inszeniert zu haben, um dadurch «den gerechten und legitimen Kampf des kurdischen Volkes zu beschmutzen». Der Haftbefehl gegen den Kurden aus Frankfurt am Main ist mangels Tatverdacht aufgehoben worden.

Nachdem am 18. August fünf Kurden in einem Café im City-Basar in Frankfurt am Main das Verteilen von Flugblättern der *PKK* verwehrt worden war, stürzten weitere 15 Kurden in das Lokal, wo sie mit Holz- und Gummiknüppeln auf Personal und Gäste einschlugen und mehrere Personen verletzten. Nach Zeugenaussagen waren drei der Kurden mit Pistolen bewaffnet. Alle Täter konnten vor dem Eintreffen der Polizei unerkannt entkommen.

Die *PKK* protestierte vor allem im August und September durch die Besetzung von Parteibüros, Rathäusern, Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftseinrichtungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten im In- und Ausland gegen die «Unterdrückung» ihrer Landsleute in der Türkei und vor allem gegen den Angriff der türkischen Luftwaffe auf Kurdenhöfe im Nordirak. In *Hessen* verliefen die Protestaktionen friedlich.

Iraner

Die Verhältnisse im Heimatland waren Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Iranern unterschiedlicher politischer Überzeugung in der Bundesrepublik Deutschland.

Aus «Protest gegen den Massenmord des *Khomeini*-Regimes im Iran sowie gegen den Krieg zwischen dem persischen Volk und für die Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie im Iran» demonstrierten am 15. Februar in Frankfurt am Main etwa 1 250 Anhänger des *Rates der konstitutionellen Monarchie des Irans in der Bundesrepublik und West-Berlin*. Der Aufzug wurde zeitweise von einer kleinen Gruppe Gegendemonstranten gestört.

Am 21. Mai kam es in der Technischen Hochschule Darmstadt wegen der Errichtung eines Informationsstandes der orthodox-kommunistischen *Organisation*

Iranischer Studenten, Sympathisanten der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) unter etwa 30 iranischen Studenten zu Tötlichkeiten. Ein Iraner wurde leicht verletzt. Bei den Angreifern soll es sich um iranische Kurden und um Anhänger der Gruppe der extremen Neuen Linken «Iranische Studentenvereinigung — Sympathisanten der Volksfedayin Iran — Minderheit — (AKALIAT)» sowie um Mitglieder islamisch-fundamentalistisch-marxistisch geprägten Moslemischen Studentenvereinigung, Sympathisanten der Organisation der Volksmujahedin Iran (PMOI) gehandelt haben. Auch im Juli und September kam es in Frankfurt am Main unter den gleichen Gruppierungen zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Während der Frankfurter Buchmesse stießen am 2. Oktober mehrmals *Khomeini-Anhänger und Angehörige der zur extremen Neuen Linken zu zählenden Iranischen Studentenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin-Sympathisanten der Guerilla-Organisation der Volksfedayin Iran (O.I.P.F.G.)* aufeinander. Es gab drei Verletzte, fünf Beteiligte wurden vorübergehend festgenommen. Die Messeleitung schloß daraufhin sämtliche iranischen Stände. Als Reaktion versuchten am 8. Oktober in Teheran etwa 150 Personen mit dem Ruf «Rache für Frankfurt» die *Deutsche Botschaft* zu stürmen.

Beurteilung

Für Westeuropa waren von Staaten des Nahen Ostens oder von Milizen getragene Terroraktionen von besonderer Bedeutung. Auch Westberlin war von zwei Anschlägen betroffen. Die Aktivitäten terroristischer Palästinensergruppen sind zurückgegangen; letztere stellen dennoch eine latente Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Die extremen türkischen Gruppen befaßten sich nicht nur mit den Verhältnissen in ihrer Heimat, sondern zunehmend auch mit der Bundesrepublik Deutschland, wobei insbesondere linksextreme Vereinigungen diese als Teil des «westlichen Imperialismus» angriffen. Gewaltbereitschaft ist bei der *extremen türkischen Neuen Linken* vorhanden.

Die *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* setzte ihre Gewaltakte gegen Abtrünnige und Kritiker der Organisation fort. Die Militanz nimmt zu.

Die Aktivitäten oppositioneller Iraner sind wieder deutlicher geworden. Die Gewaltbereitschaft wächst.

Die übrigen extremen Gruppierungen traten, von gelegentlichen Protestaktionen gegen die Verhältnisse in ihren Heimatländern abgesehen, öffentlich nicht besonders in Erscheinung.

Spionageabwehr

Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer

Die *kommunistischen Staaten* bedienen sich ihrer Nachrichtendienste nicht nur als Instrument zur Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse und Absichten des Gegners, sondern vorwiegend auch als Hilfsmittel zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Pläne. Sie bemühten sich daher weiter, neben der Ausforschung politischer und militärischer Ziele den *Technologievorsprung* der westlichen Industrienationen aufzuholen. Das besondere Interesse ihrer Spionageorganisationen galt insoweit vor allem Informationen über solche Produkte, die als *Embargogüter* deklariert sind und deshalb in den Ostblock nicht ausgeführt werden dürfen. Dies ist insbesondere die militärisch nutzbare *Technologie*. Elektronik, Computer und militärische Neuentwicklungen standen an der Spitze der «Beschaffungslisten» *österreichischer* Nachrichtendienste.

Die *Embargobestimmungen* dienen der Wahrung westlicher Sicherheitsinteressen. Es gibt sie als solche seit etwa 35 Jahren, als sich die *NATO-Mitgliedsstaaten* (ausgenommen Island und Spanien) sowie Japan im *Coordinating Committee for East-West Trade Policy (CO-COM)* zusammenschlossen. In fortlaufend der neuesten technischen Entwicklung angepaßten Kontrolllisten wird festgelegt, welche Waren Ausfuhrbeschränkungen unterliegen. Anhand dieser Listen prüft das *Bundesamt für Wirtschaft* in Eschborn bei Warenlieferungen in *Ostblockländer*, ob es sich hierbei um Güter handelt, die nicht ausgeführt werden dürfen.

Diese Beschränkungen zu umgehen, ist das Ziel insbesondere *sowjetischer* Be-

mühungen. Hierdurch werden Entwicklungskosten in Milliardenhöhe und Forschungskapazitäten erspart, die anderweitig eingesetzt werden können. Bei dem *illegalen Technologietransfer* helfen nicht selten Leichtfertigkeit, Gutgläubigkeit oder Gewinnsucht westlicher Geschäftspartner. Menschliche Schwächen werden bei diesen Beschaffungsaktionen geschickt ausgenutzt. Kongresse und Messebesuche, Vertragsverhandlungen, finanzielle Schwierigkeiten eines Unternehmens oder private Kontakte bieten hierzu ausreichend Gelegenheit.

Die *Ostblockstaaten* sind im *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* zusammengeschlossen. Wie bisher hatten ihre Geheimdienste unter der Führung der *sowjetischen* Nachrichtendienste den Auftrag, die Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsdefizite der *RGW-Staaten* auf dem Gebiet der *Hochtechnologie* mit ihren Möglichkeiten zu mindern. Der gesamte Ausspähungsapparat der *UdSSR* unter Beteiligung des zivilen Spionagedienstes *KGB* und der militärischen Nachrichtenorganisation *GRU* wird zentral gesteuert. Dies geschieht durch ein *Koordinierungsgremium*, das alle eingehenden Informationen prüft und sie dann an die jeweiligen Auftraggeber oder Interessenten verteilt; hierzu zählen neben den mit Rüstungsaufgaben befaßten Ministerien auch die Ressorts für chemische Industrie, Elektronik und Petrochemie. Aufträge zur *konspirativen* Beschaffung erhalten die Geheimdienste; die *offene* Beschaffung erfolgt über andere Dienststellen wie das *Staatskomitee für außenwirtschaftliche Beziehungen*, das *Außenhandelsministerium*, das *Staatskomitee für Wissenschaft und Technik* oder die *Akademie der Wissenschaften*. Eine entscheidende Rolle hat nunmehr die *Militär-Industrielle Kommission der UdSSR (VPK)* übernommen, die aus Spitzenfunktionären der Schlüsselministerien für Rüstungsindustrie besteht. Die *VPK*

setzt technische Anforderungen in «Beschaffungslisten» um und beauftragt das KGB und die GRU mit Einzelmaßnahmen.

Die Bedeutung, die die Sowjetunion diesem Teil der Spionage zumißt, ergibt sich aus der Zahl des dafür zuständigen geheimdienstlichen Personals: Das KGB setzt hier etwa 1 000 Offiziere, davon 300 im Ausland, ein. Sie haben zum Teil eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung für den jeweiligen *Technologiesektor*. Bei dem militärischen Nachrichtendienst GRU werden für den gleichen Zweck überwiegend Offiziere mit technischer Ausbildung verwendet; außerhalb der Sowjetunion sind es etwa 1 500.

Die Zusammenarbeit mit den übrigen *Warschauer-Pakt-Diensten* erfolgt über kontrollierende Verbindungsbüros in den Zentralen von KGB und GRU. Diese Partnerdienste haben eine Hauptrolle bei der Umsetzung des *VPK-Programms* übernommen, oft als Gegenleistung für wirtschaftliche Zugeständnisse, welche die UdSSR ihren Bruderländern gewährt. Dabei zählen die Geheimdienste *Polens, Ungarns* und in erster Linie der DDR zu den erfolgreichsten «Sammlern» von wirtschaftlichen Geheimnissen und von *Embargogütern*. Die DDR steuert den *illegalen Technologietransfer* über das *Ministerium für Staatssicherheit (MfS)*, dessen Spionageorganisation, die *Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)*, ständig versucht, kleinere selbständige Unternehmen für den *illegalen Transfer* zu gewinnen. Typische Stationen auf dem Weg dahin sind:

- Angebot von gewinnbringenden legalen Geschäften
- Vertiefung der Kontakte durch den Aufbau freundschaftlicher Beziehungen
- Vergünstigungen im Reise- und Devisenverkehr oder sonstige persönliche Vorteile, wie beispielsweise die Mit-

nahme von Antiquitäten in die Bundesrepublik Deutschland

- Rechtsverletzungen als erstes Druckmittel
- wirtschaftliche Abhängigkeit durch hohe Anteile legaler Geschäfte mit dem *Ostblock*
- Forderung nach *illegalem Transfer* unter Hinweis auf den sonst drohenden wirtschaftlichen Ruin durch Ausbleiben der Aufträge aus dem *Ostblock*.

Nachrichtendienstliche Stützpunkte

Die Spionageabwehr mußte wieder feststellen, daß die Geheimdienste des *kommunistischen Machtbereichs* die *offiziellen* Einrichtungen wie *Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen, Luftverkehrsgesellschaften, Reisebüros und Staatshandelsunternehmen* für nachrichtendienstliche Aktivitäten nutzen. Eine nicht geringe Anzahl der Mitarbeiter dieser «*legalen Residenturen*» gehört den jeweiligen Nachrichtendiensten an. Daneben gibt es «*illegale Residenturen*», die mit linientreuen Personen besetzt sind, besonders wichtige Agenten führen und sich unauffällig ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld anpassen.

In den letzten Jahren betrieben die *kommunistischen Staaten* verstärkt den Ausbau «*gemischter Firmen*» im Bundesgebiet. Es handelt sich um Einrichtungen, an denen auch Kapital aus dem Westen beteiligt ist. Entscheidende Positionen sind mit Personal aus dem *kommunistischen Machtbereich* besetzt. Diese Firmen ermöglichen in steigendem Umfang den «legalen» Zugang zur westlichen *Hochtechnologie*. Gleichzeitig können sie von den in der Bundesrepublik Deutschland operierenden Angehörigen der jeweiligen Nachrichtendienste als Stützpunkte benutzt werden. Der normale Geschäftsverkehr, Messerveranstaltungen und andere geschäftliche Begegnungen

sind günstige Gelegenheiten für nachrichtendienstliche Kontaktaufnahmen. Die *kommunistischen* Geheimdienste scheuen sich auch nicht, gegen ihre eigenen Staatsangehörigen in derartigen Firmen Druckmittel einzusetzen, um ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen, d. h. Spionageaufträge auszuführen oder deren Durchführung zu unterstützen.

Für vorübergehende Aufenthalte im Bundesgebiet mieten geheime Mitarbeiter des *MfS* Wohnräume, sogenannte «Wohnstützpunkte». Diese befinden sich vorwiegend in größeren Städten und dienen als Basis bei der Erledigung der nachrichtendienstlichen Aufträge. Die Wohnungen, in den meisten Fällen nur Zimmer, werden mit Hilfe von Zeitungsanzeigen gefunden. Die potentiellen Mieterinnen oder Mieter geben regelmäßig solche beruflichen Verhältnisse an, die häufige Abwesenheit plausibel erscheinen lassen, wie «journalistische Tätigkeit», «freischaffender Wissenschaftler», «vorübergehender Studienaufenthalt» oder «Vertreter für große Firmen». Allen bisher entdeckten Fällen war gemeinsam, daß die behördliche Anmeldung unterblieb. Die Nutzungen derartiger «Wohnstützpunkte» schwankten zwischen einigen Tagen und mehreren Jahren.

Neben dieser bereits seit Jahren bekannten Verfahrensweise wurden nunmehr Sachverhalte festgestellt, bei denen es geheime Mitarbeiter des *MfS* (Kuriere, Instrukteure, Werber) vermieden, selbst Wohnraum anzumieten. So forderte das *MfS* eine im Raum Frankfurt am Main wohnende Bundesbürgerin nach ihrer Anwerbung auf, ein Zimmer anzumieten, um durchreisenden *MfS*-Mitarbeitern Gelegenheit zu geben, sich umzukleiden oder zu übernachten.

Von der geschilderten Möglichkeit machen mittlerweile auch die übrigen *kommunistischen* Geheimdienste Gebrauch.

So enttarnte die Spionageabwehr einen «Wohnstützpunkt» des *polnischen* Nachrichtendienstes im Rhein-Main-Gebiet. Hier gewährte ein ehemaliger *polnischer* Aussiedler einem Mitarbeiter des *polnischen* Geheimdienstes über nahezu zwei Jahre Unterschlupf. Bei mehr als zehn Aufenthalten diente die Wohnung des Aussiedlers zeitweise über Wochen als *nachrichtendienstlicher Stützpunkt*. Der Wohnungsgeber war außerdem bei Reisen in das westliche Ausland behilflich. Die Aufdeckung eines *polnischen* Agentennetzes enttarnte auch die *konspirative* Unterkunft.

Werbung

Trotz aller technischer Entwicklung ist der Mensch als Quelle nachrichtendienstlicher Erkenntnisse unentbehrlich. Noch immer werden die wesentlichsten Informationen von Menschen beschafft. Deshalb ist die Anwerbung von Personen ein entscheidender Bestandteil nachrichtendienstlicher Aktivitäten.

Im Vergleich zu den Vorjahren gelang es der Spionageabwehr, eine wesentlich größere Zahl geheimdienstlicher Werbungsversuche, sogenannte *Anbahnungen*, der *Warschauer-Pakt-Staaten* zu erkennen. Die unverhältnismäßig starke Zunahme zeigt aber auch, daß die Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch *kommunistische* Geheimdienste unvermindert anhält.

Neben den weiterhin hohen Zahlen erkannter Werbungsversuche der *DDR*-Nachrichtendienste stiegen diejenigen der *polnischen* Geheimdienste unverhältnismäßig an. Diese Aussage gilt auch für die in *Hessen* erkannten geheimdienstlichen Aktivitäten. Bei den *Anbahnungen* durch *DDR*-Geheimdienste gewannen Verwandtenreisen wieder zunehmend an Bedeutung. Sie ermöglichen es, risikolos

in der *DDR* mit dem Bundesbürger erste angeblich unverfängliche Gespräche zu führen.

Herr G., 47 Jahre, Angestellter in einer Metallwarengroßhandlung, besuchte seit 1980 regelmäßig Verwandte in der *DDR*. Im Sommer 1985 wurde er bei der Anmeldung im Volkspolizeikreisamt in ein Nebenzimmer gebeten. Dort unterhielt sich ein angeblicher Angehöriger einer Handelsorganisation mit ihm über seine Aufenthalte in der *DDR*, seinen Beruf und seinen Arbeitgeber. Für den nächsten Tag wurde eine neue Zusammenkunft vereinbart und G. gebeten, wegen der Position seines Gesprächspartners auch gegenüber den Verwandten die Begegnung zu verschweigen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, zu dem der vorgebliche Mitarbeiter der Handelsorganisation einen Kollegen mitgebracht hatte, wurde die Unterredung zu dritt in einem Hotelzimmer fortgesetzt. An G. erging die Bitte, beim nächsten Besuch einige Prospekte seiner Firma mitzubringen, was dieser auch tat. Bei späteren Zusammenkünften in Leipzig und Ostberlin erhielt er für weitere Prospekte und sonstige Unterlagen aus seiner Firma eine «finanzielle Entschädigung» und Ersatz seiner Reisekosten. Im Verlauf der Treffen änderte sich das Thema. Die Fragen galten nun Bekannten und Verwandten. Seine Gesprächspartner bekundeten großes Interesse an einem ihm bekannten *Mikrobiologen*, über den sie in allen Einzelheiten unterrichtet werden wollten. G. erhielt einen angesichts der erwarteten Informationen überhöhten Geldbetrag, den er mit einem *Pseudonym* quittieren mußte. Das mittlerweile entstandene «ungute Gefühl» bewog ihn, sich den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zu offenbaren.

Der Sachverhalt weist erneut auf die Bemühungen der *kommunistischen* Geheimdienste hin, Personen mit beruflicher Perspektive anzuwerben. Nachdem die *MfS*-Mitarbeiter die Thematik «*Mikrobiologie*» erkannt hatten, richtete sich ihr Interesse direkt auf den Biologen.

Häufig wird beim ersten Anbahnungskontakt gedroht, Reisen zu Verwandten in der *DDR* zu unterbinden.

Robert K. und seine Ehefrau reisten mit Pkw in die *DDR*, um K's Bruder zu besuchen. Kurz nach ihrem Eintreffen in Magdeburg erschienen zwei Männer, die K. wegen eines angeblichen Pkw-Diebstahls in ein Gespräch verwickelten, das sie sehr schnell auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland lenkten. K. traute den Männern nicht; er brach die Unterhaltung ab. Bei der vorgeschriebenen Abmeldung kam es zu einem zweiten Gespräch, diesmal mit dem eindeutigen Versuch einer nachrichtendienstlichen Werbung. Unter der Perspektive der Mitarbeit für den Frieden sollte K. militärische Objekte ausforschen. Als er ablehnte, drohten die Mitarbeiter des *DDR*-Geheimdienstes, Besuche in der *DDR* für alle Zeiten zu unterbinden.

Es sind allerdings bisher keine Fälle bekanntgeworden, in denen Angesprochene, die eine nachrichtendienstliche Mitarbeit verweigerten, Nachteile erlitten haben.

Verstöße gegen die Devisenvorschriften der *Warschauer-Pakt-Staaten* bieten deren Geheimdiensten ebenfalls willkommene Ansatzpunkte, Bundesbürger nachrichtendienstlich zu verstricken. Reisende sollten sich daher streng an die Bestimmungen der besuchten Länder halten (vgl. dazu Merkblatt *Reisen in die DDR*, herausgegeben vom Bundesmini-

sterium für innerdeutsche Beziehungen, Vertrieb Gesamtdeutsches Institut, Postfach 12 06 07, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 20 72 22).

Wie in den Jahren zuvor sind Angehörige des öffentlichen Dienstes, vor allem Polizeibeamte, bei privaten Reisen in den *kommunistischen Machtbereich* besonders oft Werbungsversuchen ausgesetzt.

Der Polizeibeamte *B.* aus Nordhessen reiste mit Familie zum 50. Geburtstag seines Bruders problemlos in die *DDR* ein. Als er sich bei der Volkspolizei anmeldete, brachte ihn der diensthabende Polizist in ein Zimmer, in dem ein Zivilist wartete. Dieser versuchte ohne Umschweife, *B.* in eine Unterhaltung über seine Arbeit bei der Kriminalpolizei zu ziehen. *B.* lehnte höflich, aber bestimmt jedes Gespräch über dienstliche Angelegenheiten ab. Er blieb beim weiteren Aufenthalt unbehelligt. Der Beamte meldete bei seiner Rückkehr den Kontakt seiner Behörde.

Dieser Sachverhalt bestätigt die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen. Eine für die *östlichen* Geheimdienste interessante Berufsangabe, wie «Polizeibeamter», wird an der Grenze über die Computerfassung sofort an die Zentralstellen des *MfS* weitergegeben, die für die zweckentsprechende Verwertung sorgen.

Der Polizeibeamte Martin *M.*, der seit acht Jahren regelmäßig die *DDR* besucht, berichtete ebenfalls von dem Anbahnungsversuch eines *DDR*-Geheimdienstes. Er war im Februar 1986 in der Nähe von Leipzig bei der Anmeldung von zwei Männern in Zivil auf seine dienstliche Stellung angesprochen worden. Sie gaben «berufliche Gemeinsamkeiten» als Grund der Unterhaltung an. *M.* widerstand konsequent den Fragen über seine Polikollegen und die dienstlichen Auf-

gaben. Mit dem Wunsch, ihn beim nächsten Aufenthalt wiedersehen zu wollen, verabschiedeten sich die Männer, offensichtlich Werber des *DDR*-Nachrichtendienstes.

Bei der nächsten Reise in die *DDR* kam es zu einem erneuten Kontaktversuch der gleichen *MfS*-Mitarbeiter. Dieses Mal zog *M.* seine Ehefrau hinzu, was den Werbern sichtlich unangenehm war. Die strikte Ablehnung weiterer Gespräche, die Erklärung, nicht mehr die *DDR* zu besuchen, und die Ankündigung, über den Vorfall in der Bundesrepublik berichten zu müssen, veranlaßten die Gesprächspartner zum Rückzug. Sie entschuldigten sich für das offensichtliche «Mißverständnis».

Private und berufliche Reisen in die übrigen *Ostblockstaaten* werden von ihren Geheimdiensten gleichfalls zu Werbungsversuchen ausgenutzt. Persönliche Bindungen, die Ankündigung von Repressalien gegen Verwandte und Bekannte, echte oder fingierte Devisenvergehen, provozierte oder behauptete Verkehrsdelikte, Vergehen gegen die Ausfuhrbestimmungen, insbesondere Antiquitätenschmuggel, aber auch die aufgeschlossene Atmosphäre bei Messen, Verkaufsausstellungen und Kongressen stellen eine nahezu unerschöpfliche Palette von Möglichkeiten dar, den Besucher aus dem Westen mit einer nachrichtendienstlichen Ansprache zu überraschen und letztendlich zu verstricken.

Der verheiratete Kaufmann Herbert *W.* hatte bei seinen zahlreichen Geschäftsreisen nach Rumänien dort eine Frau kennen- und lieben gelernt. Der rumänische Geheimdienst nutzte die Gelegenheit. Er hörte Gespräche zwischen *W.* und seiner Freundin im Hotelzimmer ab und versuchte, mit diesem Druckmittel den Geschäfts-

mann zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit zu bewegen. W. lehnte ab.

Eine weitere Möglichkeit der risikolosen Werbung im eigenen Machtbereich bietet den *östlichen* Nachrichtendiensten das schier unerschöpfliche Anbahnungsreservoir der Menschen, die vor allem aus der *DDR*, aber auch aus anderen Ländern der *Warschauer-Pakt-Staaten* in die Bundesrepublik Deutschland umsiedeln wollen. Hier haben die Geheimdienste stets die Möglichkeit, auf das Übersiedlungsverfahren Einfluß zu nehmen und so Druck auf die Ausreisewilligen auszuüben. Die Übersiedler verpflichten sich häufig nur zum Schein zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit; vereinzelt kommt es aber auch zu echten Verbindungen. Daneben sind Übersiedlungen bekanntgeworden, die von den Nachrichtendiensten arrangiert wurden, um bereits tätigen Agenten unauffällig Wohnsitze in der Bundesrepublik zu verschaffen.

Der 30jährige Facharbeiter Gerhard S. offenbarte gleich nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik eine mehrjährige *MfS*-Mitarbeit. S. hatte in der *DDR* als geheimer Mitarbeiter mehrere Jahre lang Berichte über Kollegen und Personen seines Bekanntenkreises an das *MfS* geliefert und eine nachrichtendienstliche Schulung erhalten. Auf Wunsch des *MfS* genehmigten die *DDR*-Behörden die von S. beantragte Übersiedlung in die Bundesrepublik. Er hatte den Auftrag, seinen Wohnsitz in der Nähe von militärischen Einrichtungen zu nehmen und die Bekanntschaft einer ihm genau bezeichneten Person zu suchen. Für die Verbindung mit dem *MfS* erhielt S. eine Deckadresse und eine Telefonnummer aus Ostberlin. Seine Offenbarung gegenüber den Verfassungsschutzbehörden befreite ihn von dem Zwang, in seiner neuen Heimat spionieren zu müssen.

Auch der *polnische* Geheimdienst nutzt die Zwangslage der Menschen aus, die in den Westen übersiedeln wollen.

P. verpflichtete sich gegenüber dem *polnischen* Geheimdienst zur Mitarbeit, um seine kranke Mutter in Darmstadt besuchen zu können. Nach seiner Rückkehr wurde er nachrichtendienstlich geschult und für den Westeinsatz vorbereitet. Bei der Ausreise mußte P. seine Familie zurücklassen. Als diese ein Jahr später ebenfalls die Ausreisegenehmigung erhielt, brach er die nachrichtendienstliche Verbindung ab.

Die Bemühungen der Nachrichtendienste des *Ostblocks*, Agenten anzuwerben, beschränken sich nicht auf ihr eigenes Territorium. Sie werden, begünstigt durch die bestehende Möglichkeit sich ungehindert zu bewegen, auch im Westen tätig. Werbungsversuche gehen nicht nur von den *«legalen Residenturen»*, sondern beispielsweise auch von dem Personenkreis der *«offiziellen Reisekader»* aus. Diese haben im Rahmen ihrer offiziell im Bundesgebiet zu erledigenden Aufträge ungehindert die Möglichkeit, Personen offen oder unter Legende anzusprechen. Vor der Bestätigung als *Reisekader-NSW* (Nichtsozialistischer Westen) prüft das *MfS* die Verlässlichkeit der Person. Die Berichtspflicht nach jeder Reise betrifft alle Einzelheiten des Ablaufs, die private Situation, insbesondere Schwächen des Gesprächspartners, und die Frage, welche Informationen beschafft werden können.

Führungsmethodik

Die Nachrichtendienste der *Warschauer-Pakt-Staaten* hielten an ihrem Führungs- und Verbindungssystem zwischen der Geheimdienstzentrale im Osten und ihren Agenten im Westen fest. Es besteht im

wesentlichen aus *konspirativen Zusammenkünften* zwischen *Agent* und *Führungsoffizier*, aus dem *Agentenfunk* sowie aus dem *Informationstransport mit Hilfe von Kurieren oder der Post*.

Der *persönliche Treff* findet in der Regel im *kommunistischen Machtbereich* statt. Erst wenn der Agent das Vertrauen seiner Führungsstelle erworben und keine Möglichkeit hat, seine häufigen Reisen in den *Ostblock* zu tarnen, kommen Zusammenkünfte im westlichen oder neutralen Ausland in Betracht. Der *Einsatz von Funk* ermöglicht es, die persönlichen Führungskontakte und damit auch die Gefährdung des Führungsoffiziers zu reduzieren. Der *Funk* ist besser als der *persönliche Treff* für die schnelle Übermittlung von Nachrichten geeignet. Seine eigentliche Bedeutung erlangt er in Krisenzeiten, wenn Grenzen nicht mehr passierbar und andere Verbindungen abgeschnitten sind. Der *Agentenfunk* kann entweder in einer *zweiseitigen* Verbindung zwischen der Spionagezentrale im Osten und dem Agenten im Westen oder dem *einseitigen* Verkehr von der Zentrale im Osten zum Agenten im Westen, z. B. durch die *Sendung verschlüsselter Zahlengruppen im Rundfunk*, bestehen. Die *verschlüsselte Übermittlung* ist die häufigste Verfahrensweise. Fortschritte der Technik könnten es ermöglichen, auch die modernen Kommunikationstechniken zur Führung von Agenten zu nutzen.

Bei dem erkannten *Informationstransport durch Kuriere oder Instrukteure* mehren sich die Fälle, bei denen die gegnerischen Geheimdienste diese Personen als *Rentner* tarnen. Auch offiziell genehmigte *Verwandtenreisen* dienten als *Legende* für den Einsatz geheimer Mitarbeiter des *MfS*.

Beurteilung

Wirtschaft, Wissenschaft und Technik

blieben in *Hessen* vorrangiger Aufklärungsschwerpunkt der *kommunistischen* Geheimdienste und lagen damit zahlenmäßig deutlich vor erkannten Spionageaufträgen gegen politische und militärische Ziele.

Der nach wie vor bestehende wirtschaftlich-technologische Rückstand der *kommunistischen Staaten* gegenüber dem Westen läßt ein Absinken der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionagetätigkeiten nicht erwarten. Der große Bedarf an *westlicher Technologie* wird sicherlich dazu führen, daß die *östlichen* Nachrichtendienste die Bemühungen fortsetzen oder sogar verstärken, sich durch «Kundschafter und Patrioten an der unsichtbaren Front» die erwünschten Kenntnisse und Güter zu beschaffen.

Insbesondere der extrem hohe Anteil der von *DDR*-Geheimdiensten erteilten Aufträge läßt erkennen, daß diese alles versuchen werden, detaillierte Erkenntnisse über *westliche Forschungsunterlagen, Spitzentechnologie und moderne Produktionstechniken* zu erlangen, um so die eigene Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit zu steigern. Sie nutzen dabei erkennbar die Gemeinsamkeiten zwischen beiden deutschen Staaten, um Bundesbürger anzuwerben. Dies geschieht häufig unter Zwang. Verwandtschaftliche Bindungen und zwischenmenschliche Beziehungen werden bedenkenlos ausgenutzt.

Die Enttarnung von Agenten und anderen geheimen Mitarbeitern der *kommunistischen* Geheimdienste war nicht zuletzt auf die Wachsamkeit und Mithilfe der Bevölkerung zurückzuführen, die den Sicherheitsbehörden vertraut. Diese Mithilfe ist im Interesse des Gemeinwohls auch weiterhin erforderlich, da nur so nachrichtendienstliche Aktivitäten des Gegners bereits im Ansatz erkannt und bekämpft werden können.

Der Verfassungsschutz behandelt Hinweise auf mögliche nachrichtendienstliche Aktivitäten und vermutete oder tatsächliche Anwerbungsversuche streng vertraulich. Auch derjenige, der durch eigenes Verschulden, Leichtfertigkeit oder unglückliche Umstände bereits in geheimdienstliche Aktivitäten verstrickt ist, sollte sich den Verfassungsschutzbehörden anvertrauen. Nur so kann er sich aus einer ausweglosen Lage befreien. Der

Verfassungsschutz kann auch ihm helfen. Voraussetzung hierfür ist die freiwillige Aufgabe der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und eine umfassende Offenbarung.

Das *Landesamt für Verfassungsschutz Hessen* bietet jederzeit seine Hilfe an. Die Dienststelle ist unter dem *Postfach 3905* oder der *Rufnummer (0 61 21) 7 78 21* zu erreichen.